

Soziale Stadt NRW

Evaluationsbaustein „Analyse qualitativer Prozesse“

Evaluationsbericht

Bergheim Süd-West

Bearbeitung:

Dipl. Ing. Marcelo Ruiz
Universität Duisburg-Essen

März 2007

Vorwort

Dieser Bericht wurde im Rahmen des Evaluationsbausteins „**Analyse qualitativer Prozesse**“ der Gesamtevaluation des Integrierten Handlungsprogramms Soziale Stadt NRW erstellt. Das Konzept der Gesamtevaluation umfasst vier Bausteine, die separat voneinander bearbeitet werden:

- Zielentwicklung und Beobachtung der Zielerreichung
- Kontextindikatoren zur Stadtteilanalyse (Sozialraummonitoring)
- Analyse qualitativer Prozesse
- thematische Fallstudien (z.B. Schulen im Stadtteil)

Im Mittelpunkt des dritten Bausteins stehen die wichtigsten Verfahrensstandards und qualitative Aspekte der integrierten Stadtteilerneuerung. Diese werden in 35 Programmgebieten in NRW auf Basis eines einheitlichen Untersuchungsprofils analysiert. Die Analyse orientiert sich dabei an den folgenden vier Themen:

- Organisations- und Kooperationsstrukturen
- Integrierte Projektentwicklung
- Bewohnerbeteiligung
- Image

Die Bearbeitung erfolgt gemeinsam durch das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IfS) in Berlin und das Institut für Politikwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen (Standort Duisburg).

Der vorliegende Bericht basiert auf Interviews mit zentralen Akteuren für die Programmumsetzung in Stadtteil und Kommunalverwaltung sowie auf der Auswertung vorhandener Materialien und Berichte. Die Ergebnisse wurden zudem in einem Rückkopplungsgespräch mit den zentralen Akteuren diskutiert und überprüft. Für die Unterstützung und Diskussionsfreude möchten wir uns ausdrücklich bei allen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern bedanken.

Inhaltsverzeichnis

1.	Gebietscharakter und Vorgeschichte des Programms	4
1.1	Vorgeschichte des Stadtteilprogramms	6
2.	Inhaltliche Schwerpunkte des Stadtteilprogramms	7
3.	Organisations- und Kooperationsstrukturen	11
3.1	Das Stadtteilmanagement	11
3.2	Ressortübergreifende Koordination und strategische Steuerung durch die Projektgruppe	13
3.3	Lokale Koordinationsnetzwerke	13
3.4	Unterstützung durch die Kommunalpolitik	17
4.	Integrierte Projektentwicklung.....	18
4.1	Bedeutung des Integrierten Handlungskonzepts für den Stadtteilentwicklungsprozess.....	18
4.2	Synergieeffekte	21
4.3	Transparente Förderbedingungen und Kriterien zur Auswahl der Projekte des Stadtteilbudgets	24
4.4	Dokumentation der Projekte	25
5.	Bewohnerbeteiligung und -aktivierung.....	27
5.1	Einfluss der Bewohner auf das Stadtteilprogramm.....	28
5.2	Reichweite der projektorientierten Beteiligung und Aktivierung.....	29
6.	Image	31
6.1	Aussensicht	32
6.2	Wahrnehmung des Stadtteils und seiner Entwicklung durch die Bewohner.....	34
7.	Verstetigung.....	38
8.	Fazit	39
9.	Literatur.....	43

1. Gebietscharakter und Vorgeschichte des Programms

Die Stadt Bergheim (63.625 EW)¹ liegt im Rhein-Erft-Kreis, der als hochverdichteter Kreis zum Agglomerationsraum Köln gehört und im Gegensatz zu den meisten Städten und Stadtteilen an der Ruhrschiene weiterhin von einem – wenn auch geringen – Bevölkerungswachstum ausgehen kann. Das Programmgebiet grenzt fast unmittelbar an das Stadtzentrum und besteht primär aus Hochhaussiedlungen, in den Randlagen finden sich aber auch Wohnparks mit Einfamilienhäusern. Die Siedlung wurde Ende der 60er- / Anfang der 70er-Jahre als "Mustersiedlung" mit umfassenden Gemeinschaftseinrichtungen und einem hohen Anteil an Sozialwohnungen gebaut, die überwiegend mit jungen Familien belegt wurden. Mit dem Auslaufen der Belegungsbindungen, der Konzentration der weiterhin vorhandenen Bindungen in nur wenigen Beständen und den zunehmenden Privatisierungsbestrebungen veränderten sich die Rahmenbedingungen der Siedlungen. Der größte Teil der Wohnungen wurde an Einzeleigentümer verkauft, die nur teilweise dort selbst wohnen, sowie an Immobilienfonds. Auch heute noch sind 1.000 der 1.300 Wohnungen in den Großwohnanlagen Eigentumswohnungen, aber die Eigentümer sind weitgehend ausgezogen und haben die Wohnungen vermietet. Neben den Eigentümern haben inzwischen auch viele Mieter, die finanziell dazu in der Lage waren, die Siedlung verlassen. Die Sozialstruktur in der Siedlung hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte dramatisch verschlechtert.

Das Programmgebiet hatte Ende 2004 ca. 6.250 Einwohner. Der Ausländeranteil liegt bei 31,0% (Gesamtstadt: 13,1%), der Anteil der Sozialhilfeempfänger bei 24,0% (Gesamtstadt: 6,7%). Die Arbeitslosenquote in der Stadt Bergheim betrug im Jahr 2003 13,7%, lag damit über derjenigen des Landkreises (11,4%) und bewegte sich auf dem Niveau des Landesdurchschnitts von 13,5%. Die Arbeitslosenquote im Programmgebiet betrug am 30.09.2004 24,03 %. Ein weiteres Charakteristikum des Quartiers ist, dass es ein sehr "junger" Stadtteil ist: Mehr als die Hälfte der Bewohner sind unter 27 Jahre alt, der Anteil der allein Erziehenden ist fast doppelt so hoch und der Anteil der kinderreichen Familien ist mehr als dreimal so hoch wie in der Gesamtstadt.

Bergheim Süd-West gehört damit auch unter den Großwohnsiedlungen der "Sozialen Stadt NRW" zu den Gebieten mit besonders hoher sozialer Belastung und leidet unter den typischen Problemen von Hochhaussiedlungen. Hier wohnen in weit überproportionalem Maße die benachteiligten Bevölkerungsgruppen (Migranten, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger). Dies zeigt sich beispielsweise auch an den überproportionalen Anteilen der Fälle

¹ Zuzüglich zu den statistischen Angaben aus dem integrierten Handlungskonzept (Stadt Bergheim 2001) wurden zur Einordnung vor allem der gesamtstädtischen demographischen Entwicklung auf Daten der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2003 zurückgegriffen.

der Jugendgerichtshilfe und strafunmündiger Jugendlicher im Vergleich zur Gesamtstadt. Von den freien Trägern werden zudem mehr ASD-Fälle und deutlich höhere Bedarfe hinsichtlich Sprachförderung und Arbeitslosenberatung verzeichnet als in anderen Bereichen der Stadt. Insgesamt betrachtet fällt das Ausmaß der Segregation in Bergheim Süd-West wie in einigen weiteren Großwohnsiedlungen kleinerer Städte besonders stark aus.

Die Situation im Stadtteil wird durch bauliche Mängel verschärft. So gibt es in Bergheim Süd-West kein Stadtteilzentrum mit Versorgungseinrichtungen. Anders als in vielen anderen Hochhaussiedlungen fehlt es hier auch an attraktiven Grün- und Freiflächen. Die Mieter hatten Probleme mit den Nebenkosten (Müllentsorgung, Strom) und die Wohnungen standen vermehrt leer bzw. konnten nicht verkauft werden. Sehr ungünstig ist laut Integriertem Handlungskonzept der Gesamteindruck der Siedlung: "Der Lebensraum strahlt soziale Kälte aus und ist durch enorme städtebauliche Missstände, Rohheit und Lieblosigkeit gekennzeichnet." (Stadt Bergheim 2001, S. 11). Hinzukamen bei Aufnahme ins Handlungsprogramm auch vermehrte Leerstände in den Häusern. Dem entspricht der Umgang der Bewohner mit ihrer Siedlung. Im Außenraum sind Verwahrlosungstendenzen (Müll) sichtbar.

Zusätzlich zum negativen Image ist auch der bauliche Zustand der Häuser zum Teil schlecht, so dass seit Jahren Wohnungen leer stehen, die nur schlecht und deutlich unter Marktwert als Eigentumswohnungen verkauft werden konnten. Insgesamt liegt der Wohnungsleerstand in der Siedlung zwischen 10% und 20%. Besonders extrem fallen in Teilbereichen Bergheim Süd-Wests die Mietnebenkosten aus. Sie liegen zwischen 2,25 € und 4-4,5 € pro qm, also bei einer 70 qm großen Wohnung zwischen 155 und 315 €.

Ein Vorteil des Stadtteils ist die Nähe zum Stadtzentrum, die das Fehlen eines Versorgungszentrums in der Siedlung teilweise kompensiert. Das Teilgebiet an der Erft profitiert zudem von einer landschaftlich schönen Lage. Ein gewisses Aufwertungspotenzial liegt in den umfassenden Gemeinschaftseinrichtungen im Wohnpark in Zieverich (Spiel- und Tennisplätze, Schwimmbad, Sauna, Kegelbahnen und Gemeinschaftsräume), die umgestaltet und in neuer Form genutzt werden könnten. Positiv ist auch zu vermerken, dass im Schulzentrum am Rande des Quartiers mit zwei Grundschulen und jeweils einer Haupt- und Realschule sowie einem Gymnasium alle Schulformen vertreten sind.

Wie oben bereits erwähnt, ist die Eigentümerstruktur für eine Hochhaussiedlung vergleichsweise untypisch. Der weit überwiegende Teil der Wohnungen in den Großwohnanlagen sind Eigentumswohnungen (heute rund zur Hälfte als Mietwohnungen genutzt). Man ist sich in Bergheim bewusst, dass der Stadtteil mit dieser Konstellation eine Ausnahme im Programm darstellt: "Modellcharakter hat auch die Eigenart, dass wir es hier mit einer Stadterneuerungsmaßnahme zu tun haben, in der der Wohnungsbestand vor-

nehmlich aus Wohnungen in Wohnungseigentümergeinschaften (WEG-Anlage) besteht. Die Verwaltung konnte in keinem anderen der am Programm der Sozialen Stadt teilnehmenden Städte einen Stadtteil mit einem ähnlich signifikant hohen Anteil an WEG-Anlagen ausfindig machen" (Kreisstadt Bergheim 2004c, S. 8).

1.1 Vorgeschichte des Stadtteilprogramms

Angesichts der offensichtlichen Problemlagen in der Siedlung ergriffen der vor Ort tätige Streetworker, einige Hausverwalter und die politischen Vertreter der Stadt Bergheim die Initiative und gründete 2000 einen Arbeitskreis mit Vertretern der Verwaltung und den meisten der Hausverwaltungen aus der Siedlung. Bereits damals konzentrierten sich die Problemlagen insbesondere in den drei auch heute noch am stärksten betroffenen Hochhäusern am Berliner Ring. Nach verwaltungsinternen Recherchen, weiteren Treffen des dann unter der Bezeichnung „Lebenswertes Wohnen“ fortgeführten Arbeitskreises erhielt der damalige Streetworker und heutige Stadtteilmanager den Auftrag, ein Entwicklungskonzept für den Stadtteil zu erarbeiten. Parallel dazu formulierte der Fachbereich Planung, Erschließung, Verkehr und Umwelt einen Maßnahmenkatalog für eine Wohnumfeldverbesserung. Über Kontakte nach Düren erfuhren die Akteure vom integrierten Handlungsprogramm der Landesregierung und nach der Festlegung eines Gebiets wurde ein Antrag auf Landesförderung im Sommer 2001 nach Düsseldorf geschickt. Der Bescheid, den Bergheim zur Aufnahme ins Landesprogramm erhielt, wurde mit der Auflage verknüpft, das Integrierte Handlungskonzept vor allem im städtebaulichen Bereich bis Mitte November des Jahres nachzubessern, wobei sich die Stadt maßgeblich durch das Büro Stadt- und Regionalplanung Paul G. Jansen GmbH unterstützen ließ. Nachdem die Stadt Bergheim den vorläufigen Aufnahmebescheid noch im Jahr 2001 erhielt, erfolgte der Ratsbeschluss zur Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts im Juli 2002 und bis zum Oktober des Jahres 2002 konnten die ersten Planungen konkretisiert, Mitarbeiter und Räumlichkeiten gefunden und das Stadtteilbüro unter Beteiligung des damaligen Städtebauministers eröffnet werden.

Kennzeichnend für diese erste Phase der Programmentwicklung war die nahezu ausschließlich ohne die Einbindung der Bewohner erfolgte Erarbeitung des Handlungskonzepts. Dies wurde auf das weitgehende Fehlen einer bürgerschaftlichen Vereins- oder Akteursstruktur in dem erst 35 Jahre ‚jungen‘ Stadtteil zurückgeführt, an der die Initiatoren hätten anknüpfen können. Trotzdem war diese erste Erarbeitungsphase des Stadtteilprogramms – nach Auskunft der befragten Experten – von einer ganzheitlichen Sichtweise geprägt.

2. Inhaltliche Schwerpunkte des Stadtteilprogramms

Nachdem die Ziele im ersten Integrierten Handlungskonzept aus dem Jahr 2001 noch vergleichsweise offen gehalten waren, wurden diese im ersten Handlungsbericht (Kreisstadt Bergheim 2004a) und in der Fortschreibung des IHks aus dem Jahr 2005 (Kreisstadt Bergheim 2005b) zu fünf „strategischen Leitzielen“ zusammengefasst:

- Schaffung einer sozialen Stabilität
- Abbau ökonomischer Nachteile
- Sanierung der Wohnverhältnisse
- Stabilisierung des Mietniveaus
- Verbesserung des Wohnumfelds

Zum Konkretisierungsgrad dieser Zielformulierungen wurde angemerkt, dass sie in der konkreten Umsetzung der weiteren Vertiefung bedürften und mit dieser vergleichsweise offenen Zielformulierung die Beteiligung der Bewohner erleichtert werden sollte. Gleichwohl lässt sich aus diesen Zielformulierungen das Profil des Programms erkennen: In Bergheim Süd-West soll der bauliche Zustand der Wohngebäude und die Situation im Wohnumfeld und im öffentlichem Raum grundlegend verbessert werden. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Stabilisierung der Mietnebenkosten. Hinzu kommen zwei weitere Aspekte: Zum einen soll im Stadtteil ein Zentrum mit Versorgungseinrichtungen entstehen, zum anderen sollen soziale Maßnahmen insbesondere für die vielen Kinder und Jugendlichen im Stadtteil durchgeführt werden. Insgesamt erhofft man sich von diesen Maßnahmen zumindest langfristig eine Stabilisierung der Sozialstruktur in Bergheim Süd-West. Aus diesen Zielsetzungen wurden im IHk folgende Handlungs- bzw. „Themenfelder“ abgeleitet:

- (1) Wohnparkanlagen und Wohnumfeld
- (2) Öffentlicher Raum und Infrastruktur
- (3) Schule und Beschäftigung
- (4) Kinder, Jugend und Soziales
- (5) Wohnen und Arbeiten im Quartier
- (6) Leuchtturmprojekt Jung und Alt gestalten ihren Stadtteil

In Bergheim werden damit die für eine Hochhaussiedlung entscheidenden Handlungsfelder abgedeckt. Dies sind in erster Linie bauliche Maßnahmen an den Häusern, im Wohn-

umfeld und im öffentlichen Raum (Handlungsfelder 1 und 2) sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen (Handlungsfelder 3 und 4). Selbst das in Großsiedlungen nur schwer mit Projekten anzureichernde Handlungsfeld „Wohnen und Arbeiten“ wurde ins IHK aufgenommen.

Die beiden zentralen baulichen Handlungsfelder ("Wohnparkanlagen und Wohnumfeld", "Öffentlicher Raum und Infrastruktur") werden von spezifischen Voraussetzungen im Stadtteil beeinflusst: Da ein Großteil der Wohnungen Einzeleigentümern gehört, die von Eigentümergemeinschaften vertreten werden, stellen Maßnahmen an den Wohngebäuden und im Wohnumfeld, die unerlässlich für eine zukunftsfähige Entwicklung des Stadtteils und Verbesserung des Images sind, eine besondere Herausforderung dar. Dies betrifft die Mobilisierung der Einzeleigentümer zur Durchführung größerer Maßnahmen zur energetischen und optischen Fassadengestaltung, die durch öffentliche Fördermittel zur Erneuerung der Außenanlagen und des Wohnumfelds komplettiert werden sollen. In dieser Hinsicht relevant sind auch die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Erneuerung der Spielplätze und Schulhöfe im Programmgebiet. Zudem konnte das Jugendzentrum unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen, der Sozialpädagogen und Lehrer der benachbarten Realschule erweitert werden.

Verzahnt mit diesen infrastrukturell ausgerichteten Projekten sind die Maßnahmen des anderen Schwerpunkts im Bereich Kinder und Jugend, auf den zwei der sechs Handlungsfelder ("Schule und Beschäftigung", "Kinder, Jugend und Soziales") zielen. Diese Schwerpunktsetzung liegt insofern nahe, als mehr als 50% der Bewohner unter 27 Jahre alt sind. Zudem gibt es in Bergheim ein klares Bewusstsein dafür, dass die Probleme des Stadtteils "vor allem Auswirkungen auf das Wohl und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen" haben (Kreisstadt Bergheim 2001, S. 11). Ein wichtiges Projekt im Bereich Kinder und Jugend ist beispielsweise das Kooperationsmodell Jugendhilfe und Schule an der Geschwister-Scholl-Realschule.² Hier kooperieren die betreffende Realschule und das städtische Kinder- und Jugendzentrum in den Bereichen Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe und Mittagstisch und organisieren gemeinsame Freizeitangebote.

Neben den Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche, die in die baulichen Erneuerungsmaßnahmen im Programmgebiet integriert wurden, sollen im Handlungsfeld "Wohnen und Arbeiten im Quartier" weitere Aktivitäten im Bereich der Lo-

² Eine besondere Rolle spielen daneben familienintegrative Maßnahmen. Zu diesem Thema hat das Stadtteilbüro im April 2004 eine Tagung ("Ganz oben, ganz unten") veranstaltet: "Ausgehend von den im Arbeitskreis Kinder und Jugend des Stadtteilbüros gewonnenen Erkenntnissen sollten durch diese Fachtagung neue Wege für die integrative Familienarbeit gewonnen werden. (...) Als ganz konkretes Ergebnis dieser Fachtagung werden in Kürze von Kooperationspartnern familienintegrative Maßnahmen angeboten werden." (Kreisstadt Bergheim 2004b, S. 4)

kalen Ökonomie durchgeführt werden, obgleich die Bedingungen hierfür in einer Großwohnsiedlung weniger günstig sind als in Altbauquartieren.

Leitprojekt: "Jung und Alt gestalten ihren Lebensraum"

Als Leuchtturmprojekt wurde das generationenübergreifende Beteiligungsprojekt "Jung und Alt gestalten ihren Lebensraum" angelegt. "Bei der Fülle von Maßnahmen, die die direkten Wohnparkanlagen, die Bereichsmitte und die Gestaltung von Grünbereichen betreffen, soll ein Planungsteam aus jungen und alten Bewohnern aus Bergheim Süd-West installiert werden (...). Alte und junge Menschen zu aktivieren und an einen 'Tisch' zu bekommen, ist für den Bergheimer Südwesten besonders wichtig, da es sich um die größten Bevölkerungsgruppen handelt und es bis heute kaum Annäherungen gibt." (Stadt Bergheim 2001, S. 43).

Bei mehreren Vorhaben gelang es, Jung und Alt zusammenzuführen, so z.B. bei der Planung und Umsetzung der Neugestaltung des Bereichs rund um das Hochhaus an der Albrecht-Dürer-Allee 4-6. Ebenso wurden mehrere beteiligungsorientierte Projekte durchgeführt: Planung Live - Jung und Alt gestalten ihren Lebensraum, Bewohnermalaktion zur Verschönerung des Hauses Schwalbenweg 4, Dreck-Weg-Tag im Wohnpark Zieverich, Frühstückscafé 7, Generationsübergreifender Computerkurs in der Geschwister-Scholl-Realschule, Spielenachmittag im Stadtteilbüro, Philosophiegruppe, Café Global und eine Kreativgruppe.

Städtebauliche Maßnahmen

Als Rückgrat für eine umfassende städtebauliche Erneuerung ließ die Stadt Bergheim ein Leitbild und einen Rahmenplan erarbeiten, der im Mai 2003 fertig gestellt und beschlossen wurde. Parallel zu den Sanierungsmaßnahmen an den Hochhäusern sollen Maßnahmen zur Attraktivierung und Verkehrsberuhigung des Berliner Rings durchgeführt werden. Hierzu wurde bereits ein Planungsauftrag erteilt und ein Beteiligungsworkshop durchgeführt. Ebenfalls zur Attraktivierung der Wohnlage ist ein Grabelandprojekt geplant, das den Mietern der Wohnparks einen eigenen kleinen Garten ermöglichen soll.

Eine weitere städtebauliche Maßnahme stellte die Erweiterung des Jugendzentrums auf dem Gelände einer Realschule dar. Ebenso wurde auf diesem Schulhof – wie auch auf einigen anderen – die Erneuerung des Außengeländes durch vielfältige spielpädagogische Maßnahmen geplant. Die Planungen zur Erweiterung des Jugendzentrums starteten im Juli 2003 und die Baumaßnahmen konnten im Sommer 2006 abgeschlossen werden. Bei diesen genannten Maßnahmen wurden Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte in die Umsetzung integriert, die mit Arbeitslosen aus dem Stadtteil durchgeführt wurden.

Privater Wohnungsbestand

Ziel der Maßnahmen im größtenteils in privater Hand befindlichen Wohnungsbestand ist dem Leitbild zufolge die hochwertige Sanierung der Häuser. Bis zum Sommer 2006 konnten mit fünf Eigentümergemeinschaften Sanierungsbeschlüsse gefasst werden, an drei Objekten hatten die Sanierungen bereits begonnen und bei einer weiteren befand man sich im Herbst 2006 in der Phase der Ausschreibung und Beauftragung der Bauleistungen.

Zentrale Ursache für den komplexen und schwierigen Sanierungsprozess an den Hochhäusern liegt in den Mechanismen des Wohnungseigentumsgesetz³, das in den 1950er Jahren geschaffen wurde und nicht für durchgreifende Instandhaltungsmaßnahmen geeignet ist⁴. Zum einen liegt dies an der Handlungslogik der Hausverwalter, die primär auf eine ertragreiche Vermietung und den Wohlwollen ihrer Kunden, den Einzeleigentümern, angewiesen sind. Hinter (vordergründig) ertragsmindernden Sanierungen müssen – und dies ist die zweite zentrale Schwierigkeit bei baulichen Veränderungen am Gemeinschaftseigentum derartiger Häuser – alle Einzeleigentümer der Hausgemeinschaft stehen (Prinzip der „Allstimmigkeit“). Angesichts der versprengten und z.T. sehr finanzschwachen Eigentumsverhältnisse sowie der unterschiedlichen Zielsetzungen der Akteure ist dieser Überzeugungsprozess die hauptsächliche Hürde für eine umfassende Sanierung des Wohnungsbestands. Hinzu kommt ebenfalls, dass die Stadt nicht alleine in die Aussenanlagen und das städtebauliche Umfeld investieren möchte, sondern nur an einer umfassenden Sanierung Interesse hat, von der sie sich einen durchgreifenden Imagewandel des Gebietes erhofft.

Mit der Eigentümergemeinschaft der als größte Herausforderung eingeschätzten Häuser am Berliner Ring 41-45 und Dresdner Straße 4-8 wurden erste Gespräche zur Klärung gemeinsamer Strategien und Handlungsoptionen geführt. Unterstützend wurden dazu eine technische Machbarkeitsstudie und ein Sozialraumkonzept in Auftrag gegeben.

Eine mit diesen Investitionen zusammenhängende planerische Maßnahme stellt die im März 2004 durch einen Ratsbeschluss eingeleitete vorbereitende Untersuchung (VU) für das Programmgebiet nach § 1.41 Abs. 3 Bau GB dar. Als erster räumlicher Teilbereich wurde der Wohnblock an der Albrecht-Dürer-Allee 4-6 zusammen mit den angrenzenden öffentlichen Parkplätzen und Wegeverbindungen in die VU einbezogen. Zentrales Ergebnis der VU war der Vorschlag, das Gebäude abzureißen und durch eine viergeschossige Bebauung zu ersetzen. Nach der Insolvenz der damaligen Eigentümerin und der Zwangs-

³ Vgl. ausführlicher dazu Warnecke 2005.

⁴ Hier zeichnen sich durch die aktuelle Reform des WEG-Gesetzes Verbesserungen für vergleichbare Erneuerungsaufgaben ab.

verwaltung und -versteigerung durch die Gläubigerbank wechselte das Gebäude an einen amerikanischen Finanzinvestor. Parallel dazu hatte die Stadt städtebauliche Fördermittel für den Abriss des Gebäudes beantragt und seitens des Ministeriums zugesichert bekommen. Die Stadt Bergheim beschloss eine Sanierungssatzung für den Bereich Albrecht-Dürer-Allee aufgrund der ergebnislosen Verhandlungen über die Zukunft des Gebäudes mit dem amerikanischen Finanzinvestor. Durch die Sanierungssatzung ergaben sich neue Verhandlungsoptionen für die Stadt, durch die sich neue Handlungsansätze in den Verhandlungen mit der Eigentümerin abzeichnen.

3. Organisations- und Kooperationsstrukturen

Nachdem das Integrierte Handlungskonzept von der Landesregierung genehmigt worden war, wurden die zur Umsetzung des Stadtteilprogramms notwendigen Organisationsstrukturen entwickelt. Parallel dazu fanden intensive Beteiligungsprozesse der Bewohner in Form von Befragungen, Workshops und Stadtteilkonferenzen statt, die vom externen Stadt- und Regionalplanungsbüro Dr. Paul G. Jansen GmbH durchgeführt wurden. Insgesamt verging nur ein Jahr nach der Aufnahme ins integrierte Handlungsprogramm der Landesregierung, bis das Stadtteilbüro vor Ort eröffnet werden konnte. Zu den Charakteristika der Organisationsstruktur des Bergheimer Stadtteilprogramms zählt die Federführung durch das Sozialdezernat, die weitgehende Durchführungsverantwortung des Stadtteilmanagements für die aufgelegten Projekte, die starke Präsenz des Stadtteilbüros im Stadtteil und dessen starke Inanspruchnahme durch die Bewohner und lokalen Akteure.

3.1 Das Stadtteilmanagement

Das „Stadtteilmanagement-Team“ umfasst den verwaltungsinternen Programmkoordinator und die Mitarbeiter/innen des Stadtteilbüros, die sich in wöchentlichen Sitzungen zu den operativen Aspekten des Stadtteilprogramms und seiner Projekte austauschen. Bei Bedarf wird auch das Büro Jansen zu bestimmten Fragestellungen hinzugezogen. Innerhalb dieses Teams fallen die meisten Entscheidungen, die das operative Geschäft betreffen. Eine Ausnahme stellen die Beschlüsse zu den Fassadensanierungen dar, die entweder in der Projektgruppe und zuvor in den einzelnen Hauseigentümerversammlungen getroffen werden (s.u.).

Der verwaltungsinterne Programmkoordinator

Der verwaltungsinterne Programmkoordinator ist im Sozialdezernat angesiedelt. Ihm wurde die Federführung für alle Projekte des Stadtteilprogramms übertragen, die er jedoch in

enger Kooperation mit den jeweils fachlich und operativ zuständigen Fachdienststellen und vor allem dem Stadtteilbüro ausübt. Er ist zuständig für die Bündelung der Fördermitelanträge, deren jährliche Beantragung bei der Bezirksregierung in Köln und die verwaltungsinterne Abwicklung. Er vertritt das Stadtteilprogramm in den zuständigen Fachausschüssen. Zudem leitet er die verwaltungsinterne Projektgruppe und ist insbesondere auch mit der Umsetzung des Fassadenprogramms bzw. der komplexen Fassadensanierung an den Hochhäusern betraut.

Das Stadtteilbüro

Das Stadtteilbüro ist mit einem städtischen Sozialpädagogen, einer Architektin und einer weiteren Verwaltungskraft besetzt und an den verwaltungsinternen Programmkoordinator im Sozialdezernat angebinden. Zudem arbeiten mehrere (ca. 3) Ein-Euro-Kräfte und derzeit 3 Honorarkräfte im Stadtteilbüro. Letztere koordinieren die LOS-Projekte, die Stadtteilzeitung und den Webauftritt. Das Stadtteilbüro ist zuständig für die projekt- und gremienorientierte Bürgerbeteiligung, die Entwicklung und Betreuung der Pauschalmittel- bzw. Budgetprojekte, die Mitarbeit an der jährlichen Formulierung des zu beantragenden Projektprogramms und die Betreuung des Budgetbeirats. Das Stadtteilbüro ist zudem zentrale Anlaufstelle für die Bewohner und gleichzeitig Ort zahlreicher Veranstaltungen und Beratungsangebote. Das Stadtteilbüro befindet sich in einer an ein Hochhaus angrenzenden Ladenzeile und wurde in leer stehenden Gewerberäumen untergebracht. Es verfügt über Büro- und Sitzungsräume sowie über einen großen „Gruppenraum“, der intensiv von den unterschiedlichen Initiativen und Akteuren im Stadtteil genutzt wird. Dadurch steht das Stadtteilbüro in fast ständigem Kontakt zu den örtlichen Initiativen und Bewohnern.

Bei der Begleitung und Durchführung der Projekte findet eine Arbeitsteilung mit dem Büro Jansen statt. Das Stadtteilbüro ist für die sozial-integrativen Projekte zuständig während sich das Büro Jansen um die städtebaulichen Projekte und hier insbesondere die Fassadensanierungen kümmert. Mit der Erweiterung des Stadtteilbüroteams um eine Architektin im Jahr 2002 wurde aber auch seitens der Stadt auf den hohen Stellenwert der städtebaulichen Projekte im Rahmen des Stadtteilprogramms reagiert.

Von allen befragten Experten wird das Stadtteilbüro als die zentrale Instanz des Stadtteilprogramms wahrgenommen, das eine sehr wichtige Funktion innerhalb des Umsetzungsprozesses innehat.

3.2 Ressortübergreifende Koordination und strategische Steuerung durch die Projektgruppe

Alle drei Wochen tagt die Projektgruppe unter Beteiligung des Stadtteilbüros, des Büro Jansen sowie aller relevanten Fachbereiche der Verwaltung, welche mit Amtsleitern oder Sachbearbeitern vertreten sind. Zu den Hauptaufgaben dieses Gremiums zählen die strategische Steuerung des Stadtteilprogramms, die Koordination der Projekte, sobald diese in der Zuständigkeit der Verwaltung liegen und die Erarbeitung Rahmen setzender Richtlinien oder Verfahrensvorgaben, wie z.B. die „Verwaltungsrichtlinien der Kreisstadt Bergheim für die Vergabe des Stadtteilbudgets für Bergheim Süd-West“. In diesem Gremium werden ebenso wichtigere Projektentscheidungen, wie z.B. die Sanierungsbeschlüsse einzelner Hausfassaden diskutiert und beschlossen oder konzeptionelle Überlegungen zur Verstetigung der Stadtteilentwicklung unternommen.

Das Gremium wird inhaltlich stark vom Stadtteilmanagementteam strukturiert, da der federführende Programmkoordinator, obschon er im Sozialdezernat angesiedelt ist, auch die Fördermittel beantragt und abwickelt und das Stadtteilbüro für die Bewohnerbeteiligung und die sozialintegrativen Projekte zuständig ist. Die Mitarbeit der anderen Verwaltungsressorts wurde als produktive Koordination der eigenen das Programmgebiet betreffenden Aktivitäten und als engagierte Kooperation innerhalb des Stadtteilprogramms beschrieben. Konkret laufen die Sitzungen so ab, dass die Fachbereiche zunächst von ihren eigenen Aktivitäten berichten und dann die konkreten Projekte besprochen werden.

3.3 Lokale Koordinationsnetzwerke

Abgesehen von den im Folgenden dargestellten inhaltlich übergreifenden Koordinationsnetzwerken existieren eine Reihe weiterer lokaler Arbeitsgruppen. Hierbei handelt es sich jedoch in erster Linie um themen- oder fachspezifische Gremien, wie z.B. die AG „Gesund älter werden im Stadtteil“, der AK Familien- und Bürgerzentrum, der Runde Tisch Migration und der Runde Tisch der Träger der Sprachförderung, das Seniorennetzwerk „Gemeinsam gegen Einsam“ etc.

Aktionsgemeinschaft Süd-West Total

Zu Beginn des Stadtteilprogramms hatten sich im „Starterworkshop“ vier Arbeitsgruppen gebildet, von denen zwei ihre Arbeit relativ schnell einstellten und die anderen zwei sich im Jahr 2004 zur Aktionsgemeinschaft Süd-West Total zusammenschlossen und ihre Arbeit fortsetzten. Bei den offenen, zweistündigen Treffen kommen acht Mal im Jahr rund 30-40 Personen zusammen, die aus dem Stadtteil und der Verwaltung stammen. In der

AG Süd-West Total stellen sich zum einen Einrichtungen im Stadtteil mit ihrer Arbeit vor und zum anderen werden aktuelle Themen aus dem Stadtteil aufgegriffen, Handlungsbedarfe erörtert, gemeinsame Aktivitäten verabredet, Projektideen entwickelt und indirekter Einfluss auf das Stadtteilprogramm ausgeübt. Das Gremium soll vorwiegend der Vernetzung der Akteure und der Einbindung der Bewohner in das Stadtteilprogramm (Multiplikatorenfunktion) dienen. Deswegen gehört es zur gemeinsamen Arbeitsphilosophie, dass politische Auseinandersetzungen aus diesem Gremium herausgehalten werden und dass die Träger der Freien Wohlfahrtspflege das Gremium nicht dominieren sollen. Darüber hinaus dient es durch die Anwesenheit der Verwaltung und der freien Träger auch der Vermittlung von Infos untereinander und der Projektentwicklung.

Seitens der zentralen ‚Programm motoren‘ im Stadtteilbüro und im federführenden Dezernat wird der Mehrwert dieses Gremium im Wesentlichen in der Bewohnerbeteiligung und in der Sensibilisierung der ansonsten klassisch linienbezogenen Verwaltung für den vernetzten, ressortübergreifenden und sozialräumlichen Arbeitsansatz gesehen. Eine weitere Aufgabe dieses Gremiums besteht darin, aus fachlichen Debatten konkrete Projektvorschläge oder politische Initiativen zu entwickeln. Als vorteilhaft bewerteten die befragten Akteure, dass dieses Gremium nicht nur auf das Stadtteilprogramm bezogen arbeite, wodurch die Chance für eine langfristige Begleitung der Stadtteilentwicklung positiv eingeschätzt wird.

Stadtteilforen

Das Stadtteilforum ist ein jährlich tagendes Forum, das zum ersten Mal im November 2002 und bislang 3 Mal ausgerichtet wurde. Neben dem Informationsaustausch zu den Projekten und Ergebnissen des Stadtteilprogramms dient dieses Forum zugleich der Aktivierung und Beteiligung der Bewohner. Eingeladen durch das Stadtteilbüro und moderiert vom Büro Jansen sind Bewohner sowie freie und öffentliche Träger und es kommen jeweils rund 50-80 Personen, unter ihnen auch der Sozialdezernent der Stadt Bergheim. Eine zentrale Aufgabe dieses Gremiums ist es, die vier Vertreter aus der Einwohnerschaft und vier Vertreter lokaler Institutionen für den Budgetbeirat zu wählen.

Budgetbeirat

Im Budgetbeirat, der im Januar 2005 gegründet wurde und i.d.R. vier Mal im Jahr tagt, sind Vertreter aus dem Stadtteil zuständig für die Auswahl geeigneter Projektanträge und die Vergabe der Mittel des „Stadtteilbudgets“ an geeignete Träger. Jährlich stehen dem Gremium insgesamt 42.000 € aus den Pauschalmitteln des Stadtteilprogramms zur Verfügung, wovon allerdings bereits rund 7.000 € relativ fest gebunden sind, da mit ihnen z.B. das jährliche Stadtteilstfest finanziert wird. Bei seiner Gründung wurden die Mitglieder zu-

nächst bestimmt durch den Akteurskreis der AG Süd-West Total. Danach wurde umfangreich für dieses Gremium und die damit verbundenen Aufgaben geworben (z.B. durch Postwurfsendungen). Bewerber müssen sich zunächst im Stadtteilforum vorstellen und werden dann für 2 Jahre gewählt. Es wurde Wert darauf gelegt, dass die Bewohnervertreter keine politischen Mandate ausüben. Der Budgetbeirat setzt sich aus jeweils vier Vertretern lokaler Institutionen, der Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil und einem Vertreter des Stadtteilbüros als Vorsitzendem zusammen. Zur systematischen Prüfung und Sicherstellung einer weitgehenden Transparenz und konfliktfreien Auswahl geeigneter Projekte für den Stadtteilbudget, wurde ein detaillierter Kriterienkatalog (vgl. Mit den Budgetprojekten werden vielfältige und in der Wahrnehmung der involvierten Entscheidungsträger aus dem Stadtteil sinnvolle Projekte unterstützt. Dabei handelt es sich schwerpunktmäßig um Projekte aus dem Kinder- und Jugendbereich.

Abbildung 2: **Kriterien für die Förderung von Projekten**) erlassen, nach denen alle Projektanträge im Rahmen eines gleichfalls standardisierten Verfahrens von den involvierten Vertretern bewertet werden.

Nach Einschätzung der befragten Akteure nehmen die Vertreter ihre Arbeit in diesem Gremium sehr ernst, gehen gewissenhaft mit den Fördermitteln um und sind beispielsweise auch sensibilisiert für Mitnahmeeffekte, die vermieden werden sollen. Der Geschäftsführer trägt durch seine moderierende Tätigkeit mit dazu bei, dass die Anträge erläutert werden. Die Fördermittel fließen z.B. an ehrenamtlich tätige Privatpersonen, an Schulen, russische Migrantengruppen, das Gesundheitsamt und freie Träger.

LOS-Begleitausschuss

Der LOS-Begleitausschuss setzt sich zusammen aus Stadtteilbewohnern, die vom Stadtteilbüro als Zielgruppenvertreter ausgewählt wurden und Organisationen, Institutionen und freien Trägern aus dem Stadtteil, die von der AG Süd West Total bestellt wurden. In der ersten Förderphase wurden insgesamt 11 Projekte gefördert, die ab den Sommerferien angelaufen sind oder anlaufen werden. In dem Gremium wurde erörtert, welche Projekte gefördert werden sollen und – nach Ablauf einer ersten Umsetzungsphase – welche Nachsteuerungsbedarfe existieren.

Bauausschüsse

Die Bauausschüsse stellen moderierte Diskussionsforen dar, in denen die Wohnungseigentümer der einzelnen Häuser, die Hausverwalter und Vertretern der Stadtverwaltung unterstützt durch das Büro Jansen die äußerst komplexen Detailfragen der Fassadensanierungen erörtern. Die endgültigen Entscheidungen werden in den Hauseigentümergeinschaften getroffen und von den Hausverwaltern umgesetzt. Bislang wurden vier Bauausschüsse gegründet (ein weiterer ist in Gründung). Dabei werden z.T. – wie am Berliner Ring – mehrere eigenständige Wohnungseigentümergeinschaften zusammengefasst.

Lokale Agenda

Im Stadtteil Zieverich, in dem ein Teil des Programmgebiets liegt, hat sich aus dem stadtweit angestoßenen Lokale Agenda-Prozess eine aktive Arbeitsgruppe gebildet. In diesem Gremium wurden zwar ursprünglich andere Themen als diejenigen des Stadtteilprogramms diskutiert, trotzdem setzen sich die dort involvierten Bewohner (unter anderem auch der Ortsvorsteher) – angeregt durch die Teilnahme und Unterstützung eines Mitarbeiters des Stadtteilbüros – mit der Stadtteilentwicklung auseinander. Mittlerweile artikuliert dieses Gremium erste Initiativen, die im Rahmen des Stadtteilprogramms aufgegriffen werden.

3.4 Unterstützung durch die Kommunalpolitik

Von kommunalpolitischer Seite wird das Stadtteilprogramm unterstützt. Dies betrifft sowohl die konkreten Abstimmungen im Rat und den einzelnen Ausschüssen der Stadt, als auch die von Politikern erfahrene Unterstützung. Hier herrscht die Einstellung vor, dass mit dem Stadtteilprogramm endlich gute Arbeit für einen zweifelsohne benachteiligten Stadtteil geleistet wird. Als ausreichend betrachtet werden dabei sowohl die bestehenden formalen Einbindungsformen der Politik in das Stadtteilprogramm, z.B. über die regelmäßige Berichte der Verwaltung in den Ausschüssen und im Rat der Stadt, als auch die informellen Einbindungsformen, z.B. die begleitende Teilnahme an der AG Süd-West Total.

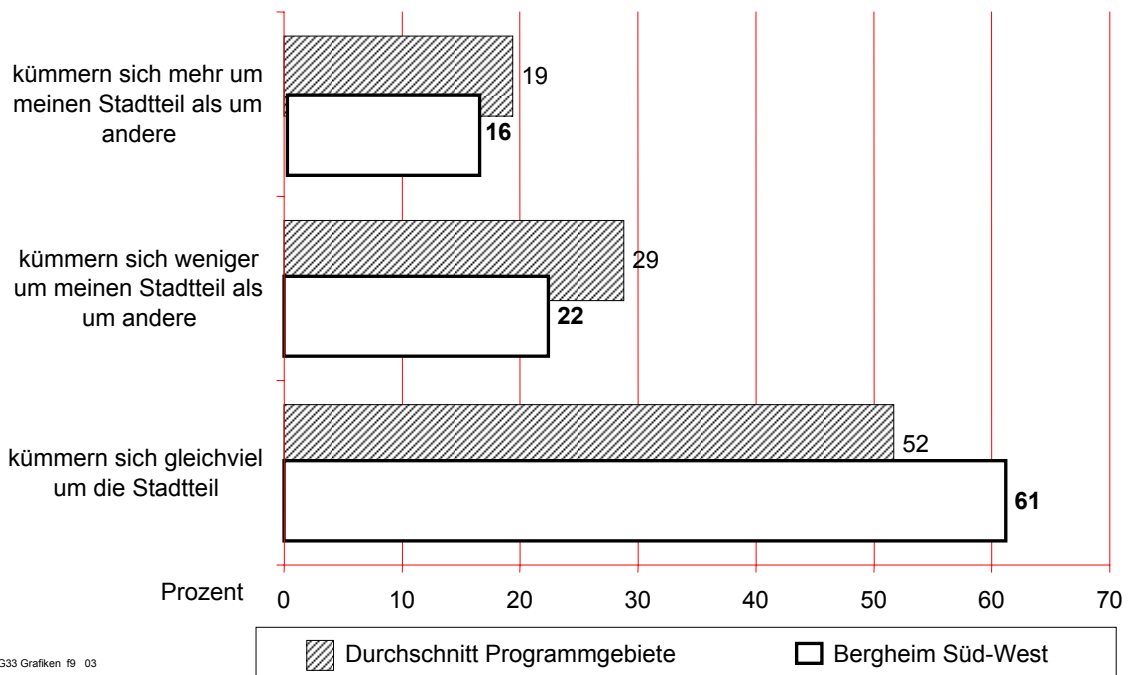
Zugleich begleitet die Kommunalpolitik das Stadtteilprogramm durchaus kritisch und achtete z.B. darauf, ob die Legitimation der Vertreter der Bürgerschaft und lokalen Akteure, die im Budgetbeirat eigenständig über einen gewissen Betrag der Städtebaufördermittel verfügen können, ausreichend ist. Davon unbenommen genießt das Stadtteilprogramm (inklusive des Stadtteilbudgets) in der Stadt jedoch das Ansehen eines „Vorzeigeprojekts“ und auch seitens der Kommunalpolitik wird die intensive Beteiligung der Bewohner unterstützt. Ein Gesprächspartner wünschte sich mehr Infos zu den Kosten und Nutzen des gesamten Programms, während eine Andere meinte, dass seitens der Politik ein stärkerer und unterstützender Einfluss auf die schwierigen Sanierungsprozesse an den Hochhäusern genommen werden sollte.

In der im Frühjahr 2005 im Stadtteil durchgeführten Bewohnerbefragung wird das besondere Engagement, das von der Stadtverwaltung und insbesondere durch das Stadtteilbüro im Stadtteil entwickelt wird, noch nicht deutlich. Hier ist mit 61% der Großteil der Befragten der Meinung, dass sich Stadtverwaltung und Politik gleich viel um den Stadtteil wie um andere kümmern. Die befragten Experten hingegen erkannten bereits erste neid-

volle Äußerungen aus anderen Teilen der Stadt angesichts der umfangreichen Unterstützung für das Programmgebiet.

Abbildung 1: Wahrgenommene Unterstützung des Stadtteils durch Politik und Verwaltung

Kümmern sich Stadtverwaltung und Politik um den Stadtteil ?



4. Integrierte Projektentwicklung

Beim Thema der Integrierten Projektentwicklung geht es zum einen um die strategische Ebene integrierter Handlungskonzepte. Zum anderen geht es um die operative Ebene der die Entwicklung und Umsetzung konkreter, integrierter Projekte. Dabei sind zwei Dimensionen von Integration zu berücksichtigen: die Integration von Akteuren, Ressourcen und Perspektiven sowie die inhaltliche Integration bzw. Verknüpfung von Zielen, Handlungsfeldern und Projekten.

4.1 Bedeutung des Integrierten Handlungskonzepts für den Stadtteilentwicklungsprozess

Das Integrierte Handlungskonzept hat für die Akteure den Stellenwert eines „Handbuchs“, an dem sie sich im laufenden Umsetzungsprozess orientieren. Dies betrifft sowohl die dort vorgesehenen Umsetzungsstrukturen als auch das entwickelte Projektprogramm, das nur

geringfügig um weitere, neuere Projekte ergänzt wurde. Zur Erneuerungsstrategie zählte es zu Beginn Umsetzungsprozesses, zunächst einen umfassenden Beteiligungsprozess zu starten und dann mit „Haustürgesprächen“ und konkreten Projekten schnell den Bekanntheitsgrad des Stadtteilprogramms und -büros im Programmgebiet zu steigern und zu vermitteln „jetzt passiert etwas“. Ein weiteres Strategieelement, das die Fassadensanierungen betrifft, war es, die ersten Sanierungsprojekte unbedingt zum Erfolg zu führen, damit dadurch ein gewisser Druck auf die noch ausstehenden Eigentümer ausgeübt werden kann, nicht hinter dem erreichten optischen Standard zurückzustehen. Ein weiterer Grund für diese erfolgsorientierte Sanierungsstrategie war der hohe Erwartungsdruck und die Skepsis, die gegenüber den Sanierungsvorhaben in der politischen Öffentlichkeit vorherrschten.

Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts

Das Integrierte Handlungskonzept für Bergheim Süd-West wurde im März 2005 fortgeschrieben. Nach der Aufnahme des Programms waren umfangreiche Beteiligungsprozesse initiiert worden, so dass „die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sowie die gestiegenen Erfahrungen [...] nach rund 2^{1/2}-jähriger Laufzeit die Notwendigkeit erkennen [lassen], den Status Quo neu aufzunehmen und zu überdenken und die Projektarbeit ggfls. neu zu justieren“ (Kreisstadt Bergheim 2005, S. 3).

Bei der Bestandsaufnahme der umgesetzten Projekte und Maßnahmen wurde deutlich, dass das Stadtteilprogramm bislang seine Stärken im Bereich der kleinteiligen sozial-integrativen Projekte hatte. Hier gelang es insbesondere dem Stadtteilbüro, sich als den Bewohnern offen stehende stark frequentierte Anlaufstelle zu etablieren. Zugleich konnten mit dem Stadtteilforum und dem Budgetbeirat maßgebliche Beteiligungsstrukturen implementiert werden. In städtebaulicher Hinsicht wurden trotz der komplexen Ausgangsmaterie in den privaten Wohnungsbeständen bereits erste Teilerfolge erzielt, die durch Maßnahmen auf öffentlichen Flächen flankiert wurden. Deutliche Handlungsbedarfe wurden jedoch in den Handlungsfeldern Beteiligung der Migranten und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen benannt, die beide bislang als unzufriedenstellend bezeichnet wurden⁵.

Den Umstand, dass angesichts eines Ausländeranteils von 30% im Programmgebiet ein eigener Handlungsschwerpunkt Integration bzw. Zusammenleben im Stadtteil fehlt, führen die Gesprächspartner auf die zum Zeitpunkt der Programmformulierung in der Kommunal- und Bundespolitik (noch) nicht vorhandene Offenheit für derartige Fragestellungen

⁵ Für eine ausführlichere und systematische Aufstellung der durchgeführten Projekte sei auf die Handlungsberichte der Stadt Bergheim, die Statusberichte des Büro Jansen und die Fortschreibung des IHks vom März 2005 verwiesen, hier insbesondere Seite 11-13.

zurück. Dass gerade in der Kinder- und Jugendarbeit die Bearbeitung integrationsrelevanter Aufgaben an der Tagesordnung stand, ist für die damit betrauten Akteure selbstverständlich. Nachdem der Handlungsbedarf festgestellt worden war („Achillesferse des Stadtteilprogramms“), entschied man sich, die entsprechenden Aktivitäten innerhalb der vorhandenen Strukturen umzusetzen. Dazu wurden beispielsweise Honorarmittel für die Migrationsarbeit bereitgestellt und man beantragte entsprechende Projekte wie z.B. den „Nationworker“⁶.

Ausgehend von dem festgestellten Umsetzungsdefizit bei der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden – abgesehen von den bereits stattfindenden Aktivitäten mit dem örtlichen Beschäftigungsträger ASH – zudem erste Gespräche mit der ARGE des zuständigen Rhein-Erft-Kreises geführt, denen zufolge hier neue Maßnahmen in gemeinsamer Kooperation aufgelegt werden sollen. Bei Spielplatzerneuerungen und Grünflächenmaßnahmen konnten Arbeitslose bereits in die Maßnahmen integriert werden.

Projektentwicklung

Innerhalb der Verwaltung existiert für das IHK ein Grundsatzbeschluss, so dass alle dort enthaltenen Projekte bereits vom Rat der Stadt verabschiedet wurden. Nach der Gemeindeordnung in der Stadt Bergheim müssen daher nicht mehr alle das Stadtteilprogramm betreffenden Entscheidungen vom Rat der Stadt getroffen werden, sondern können von den jeweils zuständigen Ausschüssen, i.d.R. sind dies der federführende Bürgerausschuss⁷, der Finanzausschuss und der Planungsausschuss getroffen werden.

Mit Ausnahme der Fassadensanierungen und größerer städtebaulicher Projekte (z.B. Straßenumbau, Grünflächengestaltung) wurde die Durchführungsverantwortung für die integrierten Projekte im Rahmen des Stadtteilprogramms vollständig an das Stadtteilmanagement delegiert. Dass der umfassende Kompetenzzuschnitt des Stadtteilbüros anderen Verwaltungsressorts die Auseinandersetzung mit der integrierten Erneuerungsphilosophie des Handlungsprogramms Soziale Stadt erspart und u.U. sogar dessen Übernahme in die Regelstrukturen der Verwaltung verhindert, ist den zentralen Programmverantwortlichen klar. Ebenso bewusst ist, dass diese größere operative „Durchschlagskraft“ mit

⁶ Finanziert vom Bundesamt für Migration: Der so genannte „Nationworker/ Kulturdolmetscher“ ist Bestandteil des interdisziplinären Teams des Stadtteilbüros und dort tätig „mit dem Schwerpunkt der Projektentwicklung zur Integration der Migrantinnen und Migranten auf Stadtebene. Hauptaufgabe des/ der Nationworker/ -in besteht darin, vorhandene Netzwerke im Stadtteil zu unterstützen, auszubauen und die Integration der Migrantinnen und Migranten in das kulturelle, rechtliche und soziale Gebilde im Stadtteil zu betreiben. Gleichzeitig soll bei den Inländern ein besseres Verständnis für andere Sicht- und Verhaltensweisen gefördert werden“ (Kreisstadt Bergheim 2006: Stellenausschreibung, abrufbar unter: www.bergheim.de/rathaus/Nationworker.shtml).

⁷ Der vergleichbar ist mit dem üblicheren Sozialausschuss.

einer verminderten Verstetigungsperspektive der Stadtteilentwicklung durch die eigene Verwaltung ‚erkauft‘ wird. Hier stieß der integrierte Ansatz in der Verwaltung jedoch an seine Grenzen, die auf die geringen Ressourcen der Verwaltung zur Übernahme weiterer operativer Leistungen für das Stadtteilprogramm zurückgeführt wurden.

Einen bedeutenden Beitrag zur integrierten und stadtteilorientierten Projektentwicklung leistet die AG Süd-West Total, indem Bedarfe im Stadtteil diskutiert und Projektideen entwickelt werden, die das integrierte Handlungskonzept erweitern. Zuständig für die pauschalmittelfinanzierten Budgetprojekte ist der Budgetbeirat. Im Rahmen der dort stattfindenden Entscheidungen werden in der Regel einjährige Anschub- oder Ergänzungsfinanzierungen gefördert und nur in Ausnahmefällen handelt es sich dabei um mehrjährige Maßnahmen (wie z.B. den Eltern-Kind-Treff).

4.2 Synergieeffekte

Integrierten Handlungsansätzen liegt die Erwartung zugrunde, dass durch die gebietsbezogene Konzentration von Ressourcen, durch die Einbindung weiterer Akteure als nur der öffentlichen Hand und durch die Abstimmung und Koordination der vorhandenen und zusätzlichen Aktivitäten in den verschiedenen Politikbereichen ein Mehrwert gegenüber klassischen sektoralen Strategien entsteht.

Ressourcenmobilisierung

Das Investitionsvolumen, das durch die Einzeleigentümergeinschaften an den drei begonnenen Sanierungsmaßnahmen ausgelöst wurde, wurde 2005 auf rund 8,1 Mio. € beziffert. Neben den privaten Einzeleigentümern hat auch die LEG, der eine Wohnanlage an der Otto-Hahn-Straße gehört, in die Außenanlage investiert und dabei zeitgleich eine drastische Verringerung des Wohnungsleerstands in den letzten 12 Monaten beobachtet.

Hinsichtlich der Mobilisierung kommunaler Ressourcen der Verwaltung (Personal, Regelleistungen etc.) wird die Kooperation des Sozialdezernats mit dem Planungsamt als gut beschrieben, die Stadtwerke engagieren sich ebenfalls, wohingegen andere Ämter eher auf ihre begrenzten Ressourcen verweisen, wenn es z.B. um die Durchführung eigener Projekte oder die Erbringung von Planungsleistungen geht. In den Expertengesprächen wurde aber auch von Beispielen berichtet, in denen städtische Regelressourcen in sozialraumbezogener und vernetzter Weise in den Stadtteil gelenkt wurden, z.B. kooperierte eine örtliche Schule bereits mit dem Jugendamt, da sich ein Jugendzentrum auf dem Gelände der Schule befindet und konnte diese Kooperation im Rahmen des Stadtteilprogramms weiter ausbauen. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht auch, dass im Rahmen

des Stadtteilprogramms eine Fachtagung durchgeführt wurde (eine weitere soll folgen). Hauptamtliche Akteure aus Verwaltung und Stadtteil diskutierten gemeinsam mit externen Fachreferenten deren Inputs für die Kinder-, Jugend- und Elternarbeit in Bergheim Süd-West und zum anderen die Zweckmäßigkeit der im Programmgebiet durchgeführten Ansätze und die Notwendigkeit konkreter Weiterentwicklung⁸.

Durch die Auflage eines kommunalen Methadonprogramms zur Verringerung von Beschaffungskriminalität und offener Drogenszene ist es in der Wahrnehmung einer Gesprächspartnerin zu einer deutlichen Verbesserung im Wohnumfeld und der Stadtteilöffentlichkeit gekommen.

Auch im Handlungsfeld Schule konnten durch das Stadtteilprogramm neue Initiativen angeschoben werden und Schulen als aktive Akteure für das Stadtteilprogramm gewonnen werden. Zum einen konnte das örtliche Schulsystem durch die Unterstützung bei der Gründung von offenen Ganztagschulen weiterentwickelt werden und auch weitere Schulsozialarbeiter im Programmgebiet angestellt werden. In konzeptioneller Hinsicht wurde es begrüßt, dass die Schulen nun auch verstärkt die Elternschaft zur Erreichung ihres Bildungsauftrags einbeziehen. Die Gesprächspartner berichten ebenso von einer positiven Unterstützung der Schulen durch das Stadtteilbüro bei der Beantragung und Durchführung von Projekten, welche für viele Schulen in Bergheim nach wie vor Neuland darstellen. Die Notwendigkeit, durch Projektanträge zusätzliche Mittel einzuwerben, werde zwar gesehen, aber auch als schwierig empfunden. Die Erfahrungen an den Schulen mit den LOS-Projekten, durch die in den Stadtteil insgesamt seit 2004 jährlich rund 100.000 € gelenkt werden konnten, wurden sehr begrüßt und das damit verbundene Beantragungsverfahren als problemlos empfunden. Ebenso wurden Aktivitäten im Rahmen des Programms MUS-E im Stadtteil durchgeführt. Insgesamt fallen die Urteile, was die vorhandenen Problemlagen und erzielten Erfolge im Bildungsbereich anbelangen, jedoch eher skeptisch aus. Die Probleme werden in erster Linie auf die geringen Sprachkompetenzen und die fehlende Motivation bei den Schülern, sich für einen guten Bildungsabschluss anzustrengen, zurückgeführt. Diese Probleme seien bereits seit längerem vorhanden und könnten nicht allein durch die Projekte im Rahmen des Stadtteilprogramms gelöst werden - selbst wenn in den einzelnen Projekten Verbesserungen beobachtet werden.

Durch die Projekte des Budgetbeirates konnten eine Vielzahl weiterer Akteure in das Stadtteilprogramm eingebunden werden. Bei diesen Projekten ging es gezielt um die Ermöglichung kleinerer Maßnahmen und Initiativen, die aus dem Stadtteil, den örtlichen Institutionen und Bewohnern stammen. Ebenfalls engagierte sich das Gesundheitsamt des

⁸ Vgl.: Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH 2004.

Rhein-Erft-Kreises, welches sich mit eigenen Aktionen zur Gesundheit der Schüler im Stadtteil engagierte sowie der Bundesverband der Betriebskrankenkassen, der das Projekt „Gesund älter werden im Stadtteil“ durchführt.

Koordinationsvorteile in strategisch wichtigen Handlungsfeldern

Zu den strategisch wichtigen Handlungsfeldern zählen in Bergheim Süd-West die städtebaulichen Projekte und hier insbesondere die Fassadensanierungen, soziale Maßnahmen in den besonders problematischen Hochhäusern, die Beteiligung und Aktivierung der Bewohner und auch Maßnahmen zur Verbesserung des Images der Hochhäuser und Siedlungsteile.

In der Wahrnehmung der befragten Experten gehen vor allem mit den drei Hochhäusern am Berliner Ring die massivsten Probleme einher. Eine Gesprächspartnerin vertrat diesbezüglich die Meinung, „da hat sich noch keiner hereingetraut“. Trotzdem wird in den Gesprächen bemerkt, dass die vorhandenen Probleme in der Bewohnerschaft der drei Hochhäuser am Berliner angepackt werden. Für einen erfolgreichen Abschluss der Maßnahmen seien aber noch durchgreifende optische Aufwertungen an den Häusern und eine deutliche Stabilisierungen innerhalb der Bewohnerschaft unumgänglich. Ein Gesprächspartner vertrat die Meinung, dass diesem grundsätzlichen Problem generell zu wenig Beachtung geschenkt würde. Im Spätsommer 2006 befanden sich aber bereits 3 von 5 Sanierungsbeschlüssen der Hauseigentümergeinschaften in der Umsetzung. Zugleich standen entsprechende Beschlüsse für vier weitere große Projekte noch aus, deren Realisierungschancen jedoch kritisch bewertet wurden. Ebenso konnte mit dem Nationworker eine zusätzliche Kraft für die „soziale Befriedung“ der problematischsten Hochhäuser eingesetzt werden. Eingebettet werden diese Aktivitäten in ein umfassendes Sozialraumkonzept, das in Kooperation zwischen den Wohnungseigentümergeinschaften (diese stellen mietfrei Büroräume bereit) und der Kommune Ressourcen und Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation in den „Wohnparks“ vorsieht (vgl. dazu auch FH Köln 2006).

Eine weitere Gesprächspartnerin vertrat die Meinung, dass bei den Planungen an den Fassadenerneuerungen Fehler gemacht worden seien. Man habe die laufenden Betriebskosten bestimmter Fassadenkonzepte nicht frühzeitig genug bekannt gegeben. Dadurch seien einige Eigentümer verärgert worden und es sei zu Verzögerungen in einem anderen Sanierungsvorhaben gekommen. Da sich die Sanierungen umso schwerer gestalten, je vielfältiger die Nationalitäten der Eigentümer sind, stellt die beabsichtigte Einstellung eines „Nationworkers“ eine weitere Intensivierung der Bemühungen um sichtbare Erfolge dar. Insgesamt bezeichnete es eine Befragten als noch zu früh, um angesichts der ersten sa-

nierten Fassaden die erhofften Nachahmungswirkungen („Dominoeffekt“) erwarten zu können.

Auffällig sind die unterschiedlichen Stellenwerte, die dem Handlungsfeld Integration/Migration beigemessen werden. Zum einen wird dieses Handlungsfeld im integrierten Handlungskonzept nicht erwähnt, zum anderen wird von den Programmverantwortlichen aber durchaus erkannt, dass es zahlreiche Träger in der Stadt und im Stadtteil gibt, die sich dieser Aufgabe intensiv widmen. Aus den Gesprächen mit den freien Trägern ging hervor, dass dies ein Handlungsfeld ist, das weitgehend außerhalb des Stadtteilprogramms gesteuert und aus Bundesmitteln finanziert wird. Lediglich kleinere Budgetprojekte wurden in diesem Zusammenhang gefördert und seitens der Kommune keine expliziten Initiativen aufgelegt. Vereinzelt wurde in diesem Zusammenhang auch Kritik an der Ausländerbehörde geäußert, die sich aus ihrer Aufgabenfunktion heraus als reine Ordnungsbehörde verstehe und nur wenig Sensibilität für psychosoziale Problemlagen der Zugezogenen aufbringe.

4.3 Transparente Förderbedingungen und Kriterien zur Auswahl der Projekte des Stadtteilbudgets

Auch in Bergheim wurden Kriterien zur Förderung der Projekte entwickelt, die von den befragten lokalen Akteuren als transparente Vergabeinstrumente begrüßt und für notwendig erachtet wurden (vgl. nebenstehende Abbildung).

Mit den Budgetprojekten werden vielfältige und in der Wahrnehmung der involvierten Entscheidungsträger aus dem Stadtteil sinnvolle Projekte unterstützt. Dabei handelt es sich schwerpunktmäßig um Projekte aus dem Kinder- und Jugendbereich.

Abbildung 2: Kriterien für die Förderung von Projekten

1. Bedarfsorientierung	Welche Ziele werden verfolgt?
	Hilft das Projekt, erkannte Probleme zu lösen?
	Ist die Situation dringlich?
2. Stadtteilbezug	Wird eine Zusammenarbeit mit bestehenden Einrichtungen sowie vorhandene Ressourcen und Menschen genutzt?
	Wird an vorhandene Ansätze angeknüpft?
	Werden vorhandene Stärken bewusst gemacht und unterstützt?
	Ist das Projekt neu oder ergänzend, hat es einen eigenen Akzent, ein eigenes Profil?
	Findet das Projekt im Stadtteil statt?
3. Bürgerbeteiligung	Wurden Bürgerwünsche wahrgenommen und berücksichtigt (optimal wäre es, wenn die Erfassung der Bürgerwünsche systematisch vorgenommen wurde (Befragung usw.)?)
	Wurden Bürger bei der Ideenfindung, der Planung, der Umsetzung sowie dem Erhalt des Projektes beteiligt?
	Besitzt das Projekt Akzeptanz?
4. Chancengleichheit	Welchen Integrationsfaktor hat das Projekt?
	Werden Ungleichheiten abgebaut?
	Fördert das Projekt Kompetenzen?
5. Innovation	Werden unkonventionelle Ideen umgesetzt?
	Ist die gewählte Arbeitsform ggfls. experimentell?
6. Wirkungsgrad	Hat das Projekt überprüfbare Ziele? Wird es eine Visualisierung/ Dokumentation geben?
	Hat das Projekt Außenwirkung?
	Wie viele Personen im Stadtteil werden erreicht?
	Findet eine Wechselwirkung mit anderen Projekten statt? Wird eine Konkurrenzsituation zu anderen Projekten erzeugt?
7. Nachhaltigkeit	Wird die Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt?
	Wird die Eigenverantwortlichkeit gefördert?
	Kann sich das Projekt in absehbarer Zukunft verselbständigen?
	Ist eine kontinuierliche Planung möglich?
	Werden vorhandene Vernetzungen genutzt und unterstützt?
8. Praktikabilität/ Realisierbarkeit	Ist das Projekt wirtschaftlich, kosteneffektiv und bezahlbar?
	Sind die erforderlichen Ressourcen (Räume, Grundstücke, Technik usw.) vorhanden?
	Ist ein 'Kümmerer' vorhanden?
	Ist das Projekt zeitlich umsetzbar?
	Hat das Projekt politische Unterstützung und ist es ggfls. opportun?

Quelle: Kreisstadt Bergheim o.J.: Stadteilerneuerung Bergheim Süd-West

4.4 Dokumentation der Projekte

Im Wesentlichen ist es das Stadtteilbüro, das für die laufenden Projekte die Einhaltung der vereinbarten Ziele ‚im Blick‘ behält. Ein systematisches Zielcontrolling wurde bislang nicht aufgebaut. Hier übernimmt das Team des Stadtteilmanagements eine weitgehend informelle Steuerungsfunktion. Zur Begleitung der LOS-Projekte wurde in 2006 z.B. eine zusätzliche Honorarkraft eingestellt. Ursprünglich wollten die Programmverantwortlichen nach der Startphase des Programms die einzelnen Leitziele (Schaffung einer sozialen Stabilität, Abbau ökonomischer Nachteile, Sanierung der Wohnverhältnisse, Stabilisierung des Mietniveaus) in Feinzielen ausdifferenzieren. Von diesem Anspruch hat man sich mitt-

lerweile verabschiedet, da man diesen Arbeitsschritt als zu aufwändig einschätzte und sich größere Vorteile durch die Flexibilität und Offenheit der Zielbeschreibungen erwartet.

Bergheim Süd-West wird im "Handbuch Zielentwicklung und Selbstevaluation" als eines der Good-Practice-Beispiele genannt. Es geht hier um das Projektdatenblatt, das in Bergheim von Beginn an zur Erfassung und Bewertung aller Projekte eingesetzt wird. Das Datenblatt ist eine Seite lang und enthält eine sehr kurze Darstellung des Projektinhalts und der Projektgeschichte, eine Aufstellung der Kosten und die Zuordnung zu den Leitzielen und Feinzielen. Die Projektdatenblätter werden von den Mitarbeitern des Stadtteilbüros in Abstimmung mit den Projektträgern ausgefüllt. Der Beschluss über die Durchführung bzw. Fortführung des Projekts wird dann in der verwaltungsinternen Projektgruppe (s.u.) gefällt. Die mit den Projektdatenblättern mögliche direkte Buchführung erleichtert im Wesentlichen die Erstellung der Verwendungsnachweise.

Außerdem müssen die Projektträger (allerdings vorerst nur bei sozial-kulturellen Projekten) in Bergheim offenbar regelmäßige Berichte vorlegen und an "Reflexionsgesprächen" teilnehmen. Auch die aus den Budgetmitteln finanzierten Projekte müssen jährliche Berichte formulieren, allerdings ohne dass sie ein konkretes Dokumentationssystem einhalten sollen. Der Rat der Stadt hatte die Verwaltung in seinem Beschluss zum IHK aufgefordert, halbjährlich über die Umsetzung des Programms Bericht zu erstatten. Das Stadtteilmanagementteam erstellt regelmäßige "Handlungsberichte"; im April 2006 wurde bereits der 7. Handlungsbericht vorgelegt. Auffallend gut ist beim Stadtteilprogramm Bergheim Süd-West auch die umfangreiche Dokumentation der einzelnen Beteiligungsmaßnahmen, Sitzungsprotokolle, Handlungsberichte etc. die öffentlich zugänglich auf der Website des Stadtteilprogramms heruntergeladen werden können.

Dass eine systematischere Überprüfung der Zielerreichung zu Steuerungszwecken sinnvoll ist, schätzten die Programmverantwortlichen vor allem mit Blick auf die nur mit großen Mühen zu initiiierenden Sanierungsprozesse an den WEG-Häusern ein. Zur regelmäßigen Reflektion der eigenen Arbeit dient dem Kernteam aus Programmkoordinator und Stadtteilbüromitarbeitern ein jährlicher „Teamtag“, in dessen Rahmen die im jeweils nächsten Jahr zu bearbeitenden Themen, Projekte und Arbeitsschritte geplant werden.

5. Bewohnerbeteiligung und -aktivierung

Die Startphase des Stadtteilprogramms im Jahr 2001 war gekennzeichnet von einer weitgehenden Entwicklung des Integrierten Handlungskonzepts ohne die Beteiligung der Bewohner. Nach der Aufnahme ins Handlungsprogramm der Landesregierung wurden dann jedoch mehrere Teilnehmungsmaßnahmen durchgeführt, mit denen die Erneuerungswünsche der Bewohner und ihre Mitwirkungsbereitschaft abgefragt und geweckt werden sollten. Zu diesen Maßnahmen zählten:

- die Bewohnerbefragung im Juli/ August im Jahr 2002⁹,
- der Starterworkshop 10. Oktober 2002¹⁰
- der Planungsworkshop „Planung live“¹¹ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Jung und alt gestalten ihren Lebensraum“, ebenfalls im Oktober
- ein erstes Stadtteilstfest u.a. zur Eröffnung diese Stadtteilbüros mit dem Besuch des stv. Ministerpräsidenten und Ministers für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, Herrn Dr. Michael Vesper
- der Spielplatzworkshop im Wohnpark Zieverich¹²

Die Beteiligung der Bewohner wurde vor allem in der Startphase vom Büro für Stadt- und Regionalplanung Paul G. Jansen betrieben. Mittlerweile ist dieses Handlungsfeld nahezu vollständig in die Zuständigkeit des Stadtteilbüros übergegangen. Mit den o.g. Maßnahmen sollten zu Beginn des Erneuerungsprozesses die Interessen, Ideen und das Engagement der Bewohner ins Stadtteilprogramm eingebunden und eine Aufbruchstimmung erzeugt werden. In den Expertengesprächen wurde das Anliegen der zentralen Akteure, bei allen Projekten eine Beteiligung der Bewohner durchzuführen, bestätigt. Dem Anspruch, „die Leute mitzunehmen“ sei man beispielsweise auch hinsichtlich der Sanierungen der Häuser gerecht geworden. In dieser Hinsicht wird es als Erfolg bewertet, dass auch die Einzeleigentümer wieder vermehrt in ihre Wohnungen investieren.

Im siebten Handlungsbericht der Stadt Bergheim über das Stadtteilprogramm werden als angewendete Methoden und Instrumente die folgenden genannt: „aktivierende Befragungen, Beratungsangebote, Vernetzung von und Vermittlung zwischen einzelnen Akteuren, Institutionen und Organisationen, Mediation, Organisation von Versammlungen und Fes-

⁹ Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH 2002a.

¹⁰ Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH 2002b.

¹¹ Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH 2002c.

¹² Vgl. Kreisstadt Bergheim 2003.

ten, Veranstaltungen und Aktionen, Gebiets- und Gebäudebegehungen und -besichtigungen, Informationsangebote und -veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Plakate, Flyer und Broschüren“ (Kreisstadt Bergheim 2006, S. 10) sowie Planungsworkshops. Als weiteres Medium der Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit ist der im Jahr 2004 realisierte Internetauftritt zum Stadtteilprogramm zu nennen, der eine sehr informative Plattform zum Informationsaustausch darstellt.

5.1 Einfluss der Bewohner auf das Stadtteilprogramm

Die intensiven o.g. Beteiligungsprozesse nach dem Start des Stadtteilprogramms hatten keinen direkten Einfluss auf das bereits formulierte IHK, da man sich z.B. in der eingeschlagenen Erneuerungsrichtung durch eine Bewohnerbefragung bestätigt fand¹³. In die nachfolgende Erarbeitung der Rahmenplanung flossen hingegen die Interessen der Bewohner direkt ein.

Im Jahr 2004 wurden die für die Beteiligung der Bewohner auf einer strukturellen Ebene notwendigen Gremien und Verfahrensweisen aufgebaut und die bewohnerorientierte Arbeitsweise des Stadtteilbüros weiter ausgebaut. Die Arbeitsstrukturen des Stadtteilbüros wurden von mehreren Gesprächspartnern als offen für die Anliegen und Aktivitäten der Bewohner geschildert. Zudem betreibt das Stadtteilbüro eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, um die Bewohner zu aktivieren. Seit dem 1.1.2004 kann sich zudem die Öffentlichkeit über das Stadtteilprogramm umfassend unter www.Bergheim-Sued-West.de informieren. Konkrete Projektideen aus der Bewohnerschaft finden seitdem Eingang ins Stadtteilprogramm über die Arbeit in den örtlichen Arbeitsgruppen und das Stadtteilbüro.

Als strukturell verankerte Formen der Beteiligung der Bewohner am Stadtteilprogramm sind die Stadtteilforen, der Budgetbeirat und der LOS-Begleitausschuss zu bezeichnen. Neben der Information der Anwesenden Bewohner (und Akteure) werden im Stadtteilforum u.a. die Bewohnervertreter für den Budgetbeirat gewählt. Hier stellten die befragten Akteure zwar einen verstärkten Zulauf zu den Sitzungen des Stadtteilforums fest, diese betreffe die ausländischen Mitbewohner jedoch nicht in ausreichendem Maße. Ebenso strukturell verankert ist die Beteiligung der Bewohner und lokalen Institutionen am Budgetbeirat und dem LOS-Begleitausschuss. Hier bereitet das Stadtteilbüro die verschiedenen Anträge vor und diese werden auf den Sitzungen, an denen zu gleichen Teilen Bewohner und lokale Institutionen teilnehmen, diskutiert und beschlossen. Ebenso begleiten diese Gremien die laufenden Projekte, die jährlich über ihre Arbeit berichten. Indirekten Einfluss üben die lokalen Akteure und Bewohner zudem über die AG Süd-West Total auf

¹³ Vgl. Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH 2002a, S. 3.

die Programmgestaltung aus, da ein direkter Austausch von Informationen mit den Vertretern der Verwaltung erfolgen kann.

Die befragten Experten erkannten insgesamt jedoch ein Gefälle zwischen der Einbindung der deutschen und der ausländischen Bewohner. In den vorhandenen Gremien des Stadtteilprogramms und auch bei den einzelnen Projekten engagierten sich am meisten ältere, deutsche Bewohner. Zwar gelingt die Einbindung von Migranten neben den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Stadtteilstift insbesondere durch die Projekte des Budgetbeirats und in den arbeitsmarktorientierten Projekten des ASH-Sprungbrett e.V. Trotzdem wurde auch in der Fortschreibung zum IHK festgestellt, dass die Einbindung der Migranten in die Gremien und Angebote des Stadtteilprogramms zunehmen müsse (vgl. Kreisstadt Bergheim 2005, S. 10). In mehreren Expertengesprächen kam zum Ausdruck, dass den Migranten ein interkultureller Austausch schwer falle. So wurden muslimische Frauen, nachdem sie sich und ihre Wohnungen für ein gegenseitiges Kennenlernen geöffnet hatten, unter Druck gesetzt, dies zu unterbinden. Auch sei der Austausch oder eine Zusammenarbeit mit den Moscheevereinen noch nicht erfolgreich aufgebaut worden. Abhilfe soll hier von der geplanten Einstellung des Nationworkers ausgehen (vgl. Fußnote Nr. 5, S. 20).

5.2 Reichweite der projektorientierten Beteiligung und Aktivierung

Die befragten Experten erkennen das Bestreben, bei allen Projekten des Stadtteilprogramms die Bewohner zu beteiligen und schätzten die Reichweite der einbezogenen Bürgerinnen und Bürger als „erstaunlich“ hoch und umfassend ein. Durch die Ansiedlung des Stadtteilbüros in den Nähe des Berliner Rings wird die Bekanntheit des Stadtteilbüros bei den Eigentümern im Wohnpark Zieverich zwar noch als geringer eingestuft. Auf der anderen Seite stellt das Stadtteilbüro am Berliner Ring mit seinen Räumlichkeiten eine intensiv genutzte Stätte bewohnerschaftlicher Aktivitäten dar.

Als problematisch wurde es eingeräumt, dass den Bewohnern bei Beteiligungsmaßnahmen nicht immer eine Kontinuität vermittelt werden konnte, da z.T. lange Zeiträume zwischen Planung und Umsetzung der Maßnahmen lagen. In dieser Hinsicht erfreulich war jedoch, dass mit den Schulen über die Organisation und Durchführung einer Schülerrallye durch das Stadtteilbüro ein Kontakt aufgebaut werden konnte, in dessen Rahmen die Vernetzung zwischen den Schulen und auch mit anderen sozialen Einrichtungen sowie mit dem Stadtteilprogramm verbessert wurde. Im Ergebnis konnte die Bekanntheit des Stadtteilprogramms und Stadtteilbüros unter den Akteuren erhöht werden, so dass die befragten Akteure in Folge dieser Aktivitäten von vermehrten Anträgen auf Mittel aus dem Stadtteilbudget und von einer verstärkten Gremienarbeit berichten.

Dass die oben aufgeführten Beteiligungsinstrumente engagiert umgesetzt werden, zeigt beispielsweise der Planungsworkshop zur Umgestaltung des Wohnumfelds, der am 25. März 2006 im Stadtteilbüro durchgeführt wurde. Mit der Unterstützung von drei Planungsbüros konnten sich die Bewohner zu drei Arbeitsgruppen zusammenschließen um eigenständige Entwürfe für die Gestaltung ihres Wohnumfelds zu erarbeiten. Zuvor waren die Wünsche und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen durch eine Befragung ermittelt worden. Auftrag an die drei Planungsbüros war es, nach dem Workshop die gesammelten Ideen in tragfähige Konzepte zu übersetzen. Diese wurden einer Jury unter Beteiligung der Bürgermeisterin und Bürgern des Stadtteils vorgestellt, die eine Variante auswählten, um sie den politischen Gremien der Stadt zur Verabschiedung zu empfehlen. Dieses Verfahren wurde von den befragten Experten begrüßt. Und auch die Beteiligung der Kinder an der Gestaltung der Grünflächen wurde im Rahmen der Expertengespräche als umfangreich und intensiv geschildert. Das Stadtteilstfest wurde als ein weiteres Beispiel genannt, in dessen Rahmen es zu einer intensiven Teilnahme nicht nur der Kinder, sondern auch aller anderen Bevölkerungsgruppen gekommen sei.

Mit Blick auf das Hoch- und auch das Tiefbauamt wurde es von einigen befragten Experten jedoch als fraglich angesehen, ob der umfangreiche Beteiligungsansatz, wie er bei den Projekten des Stadtteilprogramms durchgeführt wurde, bereits übernommen wurde.

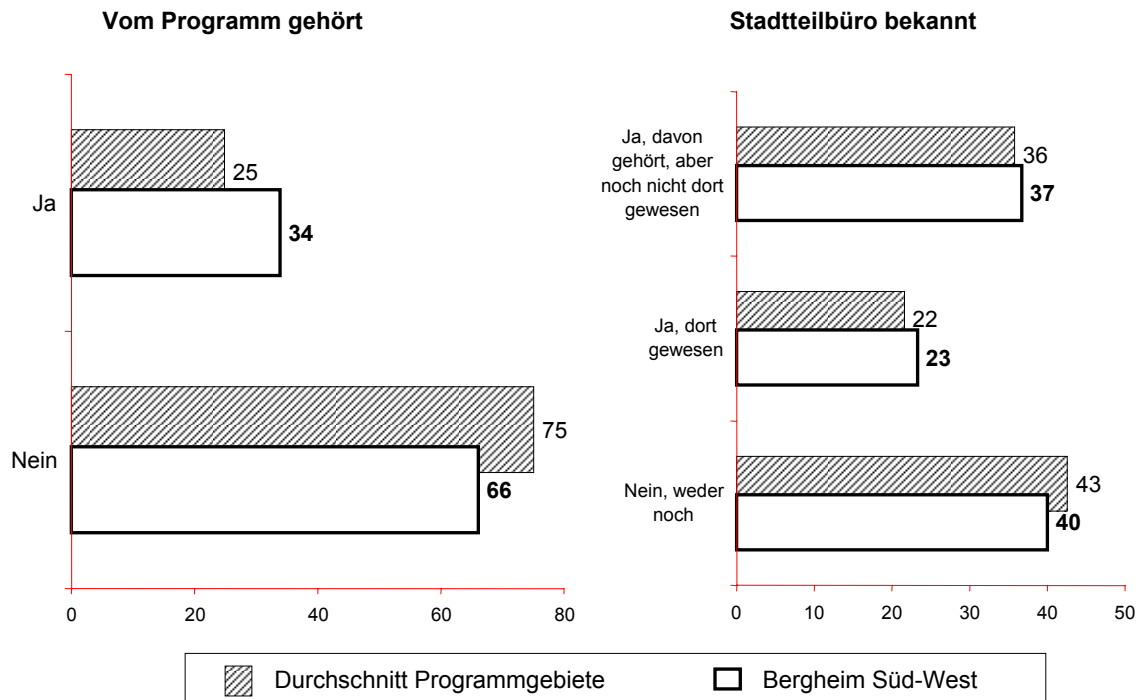
Hinsichtlich der Integration der Neubürger verläuft diese den alteingesessenen deutschen Bewohner noch zu langsam. Positiv wird aber von den Experten bewertet, dass die Bereitschaft, sich bei konkreten Maßnahmen zu engagieren, vorhanden ist. Eine befragte Neubürgerin umschrieb das Zusammenleben unter den zahlreichen Nationalitäten aber auch als unproblematisch und arbeitete in ihrem Rahmen gezielt am Abbau innerethnische Schließungsprozesse und an der Festigung der bilingualen Sprachkompetenzen der Kinder mit Migrationshintergrund. Im Rahmen des Rückkopplungsgesprächs wurde selbstkritisch angemerkt, dass die Einbindung der Migranten in die einzelnen Projekte des Stadtteilprogramms noch verbesserungsfähig sei.

Zu den Einrichtungen, die vor Beginn des Stadtteilprogramms nur sehr geringfügig im Stadtteil aktiv waren, zählen die Kirchengemeinden. Diese sollen verstärkt in das Stadtteilprogramm eingebunden werden. Weniger stark in die Programmumsetzung eingebunden werden konnten bislang die Sportvereine.

Was die Aktivierung bewohnerschaftlichen Engagements anbelangt zeigen sich erste Erfolge und auch ernüchternde Ergebnisse. Auf der einen Seite wird das Stadtteilbüro z.B. intensiv von ehrenamtlich organisierten Gruppierungen genutzt und es ist gelungen mit der AG Süd-West Total und dem Stadtteilforum zwei Gremien aufzubauen, in denen sich auch die Bewohner des Stadtteils engagieren. Ebenso gestärkt werden konnten weitere

Gruppierungen von Ehrenamtlern, wie z.B. die Lokale Agenda-Gruppe in Zieverich. Auf der anderen Seite konnte von den initiierten Spielplatzpatenschaften bislang lediglich eine realisiert werden und mehrere – insbesondere in den belasteten Nachbarschaften – konnten nicht aufgebaut werden.

Abbildung 3: Kenntnis des Programms „Soziale Stadt“ und des Stadtteilbüros in Bergheim Süd-West



G33 Grafiken 111_12 03

Die Ergebnisse der Bewohnerbefragung weisen auf eine leicht überdurchschnittliche Bekanntheit des Programms Soziale Stadt und auf eine durchschnittliche Bekanntheit des Stadtteilbüros in der Bewohnerschaft hin. Dies wäre angesichts der geringen Größe des Programmgebiets zwar nicht besonders hervorzuheben. Vor dem Hintergrund des hohen Anteils an Bewohnern mit Migrationshintergrund und der vergleichsweise kurzen Laufzeit des Stadtteilprogramms zum Befragungszeitpunkt im Frühjahr 2005 fällt die bereits erreichte Bekanntheit von Programm und Stadtteilbüro jedoch positiv auf.

6. Image

Bergheim Süd-West hat in der Wahrnehmung der befragten Experten innerhalb Bergheims einen schlechten Ruf. Als Ursachen dafür wurden die städtebauliche Struktur als Großwohnsiedlung, der hohe Ausländeranteil, die hohe Verschmutzung in der Siedlung

und die Zuschreibung von hoher Kriminalität genannt. Generell wird mit dem Stadtteil das Klischee eines „sozialen Brennpunkts“ verbunden. Eine besondere Rolle bei der Erhaltung des Klischees spielen die Hochhäuser am „Berliner Ring“, die häufig als Negativbeispiel für die problematische Wohnlage angeführt werden und mit ihrer Bedeutung auf das ganze Wohngebiet wirken. Deutlich verschlechtert hat sich das Image aber erst nach einem Selbstmord in der Siedlung und durch ein Erdbeben zu Beginn der 1990er Jahre.

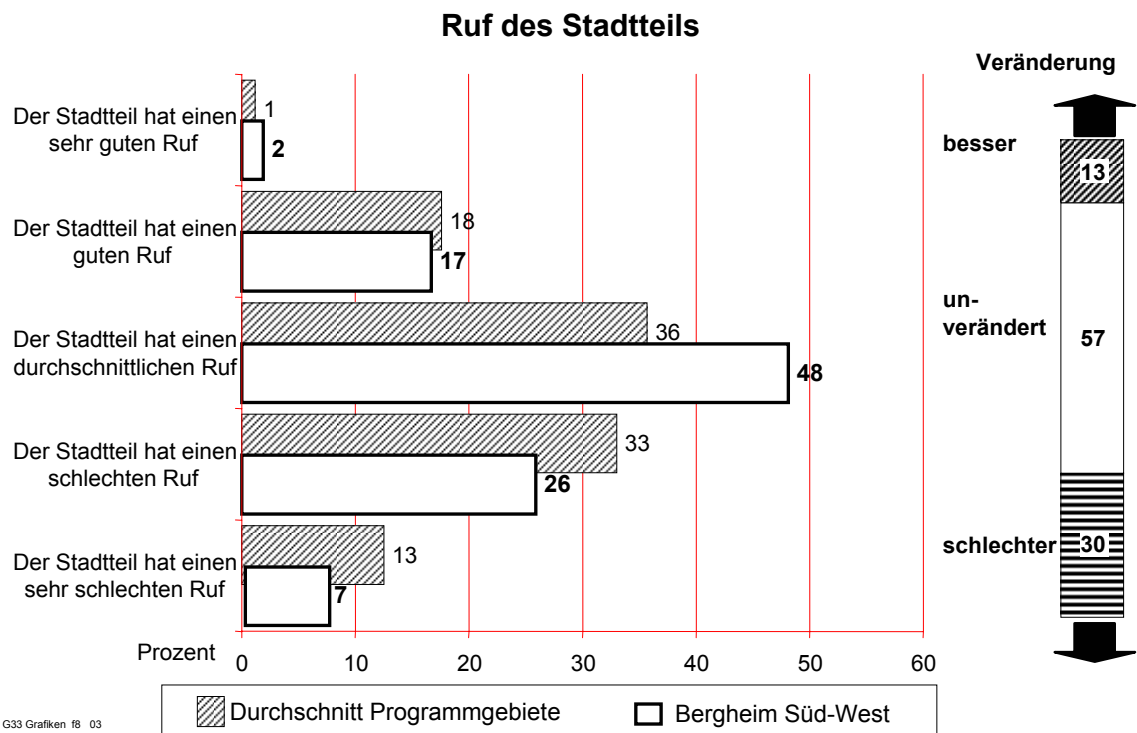
Die folgenden Aussagen zur Aussen- und Binnenwahrnehmung des Stadtteilimages müssen vor dem Hintergrund der noch vergleichsweise kurzen Programmlaufzeit betrachtet werden. Dies gilt insbesondere für die Bewohnerbefragung, welche im Frühjahr 2005 durchgeführt wurde, d.h. nach 1-2 Jahren Laufzeit des Stadtteilprogramms. Dies bedeutet insbesondere für die Vergleiche der Aussagen der Bewohner des Programmgebiets mit dem entsprechenden Durchschnitt der nordrhein-westfälischen Programmgebiete, dass die Abweichungen vielmehr als positive Richtschnur i.S. zu erreichender Werte betrachtet werden müssen. In der Mehrzahl der NRW-Gebiete blicken die Stadtteilprogramme auf eine weitaus längere Umsetzungsphase zurück. Vor diesem Hintergrund betrachtet sind vor allem die Aussagen aus der Bewohnerbefragung insgesamt als erfreulich positive Werte zu betrachten, die auf gute Ausgangsbedingungen zur Verbesserung des Stadtteilimages verweisen.

6.1 Aussensicht

Nach Meinung der befragten Experten¹⁴ wird die Wahrnehmung außerhalb des Programmgebiets überwiegend von den Hochhäusern am „Berliner Ring“ bestimmt. Sie werden als Negativbeispiel für die problematische Wohnlage im Stadtteil angeführt und mit ihrer negativ geladenen Bedeutung auf das gesamte Wohngebiet übertragen. Die Meinungen der lokalen Akteure bezüglich einer möglichen Stigmatisierung der Wohnbevölkerung sind jedoch unterschiedlich. Während einige die Stigmatisierung angesichts der durchgeführten baulichen Maßnahmen aufbrechen sehen und gleichzeitig von einer enormen Imageverbesserung und neu entstandener Stadtteilidentität zwischen den Ortsteilen Zieverich und Kenten sprechen, bewerten andere Akteure das Außenimage als immer noch sehr negativ und enorm hartnäckig.

¹⁴ Im Zuge der Untersuchung wurde neben einer telefonischen Bewohnerbefragung ebenso Expertengespräche mit 14 in die Programmumsetzung involvierten Akteuren durchgeführt.

Abbildung 4: Ruf des Stadtteils



Die Bewohner/innen sind mehrheitlich der Meinung (48%), dass Bergheim Süd-West einen durchschnittlichen Ruf hat. Dann sind es jedoch insgesamt 33% der befragten Bewohner/innen, die meinen, dass Bergheim Süd-West einen schlechten bis sehr schlechten Ruf hat. Nur 19% der Befragten meinten, Bergheim Süd-West habe einen guten Ruf.

Ordnet man die Befragungsergebnisse aus der oben dargestellten Abbildung in den Kontext der nordrhein-westfälischen Programmgebiete ein, dann schneidet der Stadtteil jedoch erstaunlich positiv ab. Hier zeigt sich, dass Bergheim Süd-West deutlich besser als der NRW-Durchschnitt bewertet wird. Während 33% der Bewohner/innen Bergheim Süd-West als schlecht bis sehr schlecht bewerten, sind es im NRW-Durchschnitt 46%. Größer ist auch der Anteil derjenigen Bewohner, die den Ruf gut und derjenigen, die ihn durchschnittlich finden. In der Antwortkategorie gut bis sehr gut bewerten die Bewohner/innen ihren Stadtteil genauso wie der NRW-Durchschnitt (19%). Weniger Stadtteilbewohner als im NRW-Durchschnitt finden den Ruf hingegen schlecht bis sehr schlecht.

Ein (noch) nicht ganz so positives Meinungsbild zeigt sich bei der Frage nach der Veränderung im Stadtteil in den letzten Jahren. Zwar ist die Mehrheit der Meinung, dass der Ruf in den letzten Jahren unverändert blieb. Vergleicht man die Aussagen der Bewohner/innen mit dem NRW-Durchschnitt, dann zeigt sich, dass die Veränderung in Bergheim Süd-West tendenziell als schlechter wahrgenommen wird als im NRW-Durchschnitt. Während in Bergheim Süd-West fast ein Drittel der Befragten die Veränderung schlecht be-

werten, ist es im NRW-Durchschnitt nur jeder Fünfte. Und nur jeder Sechste Befragte sieht in Bergheim Süd-West eine Verbesserung, im Gegensatz zu jedem Fünfte im NRW-Durchschnitt.

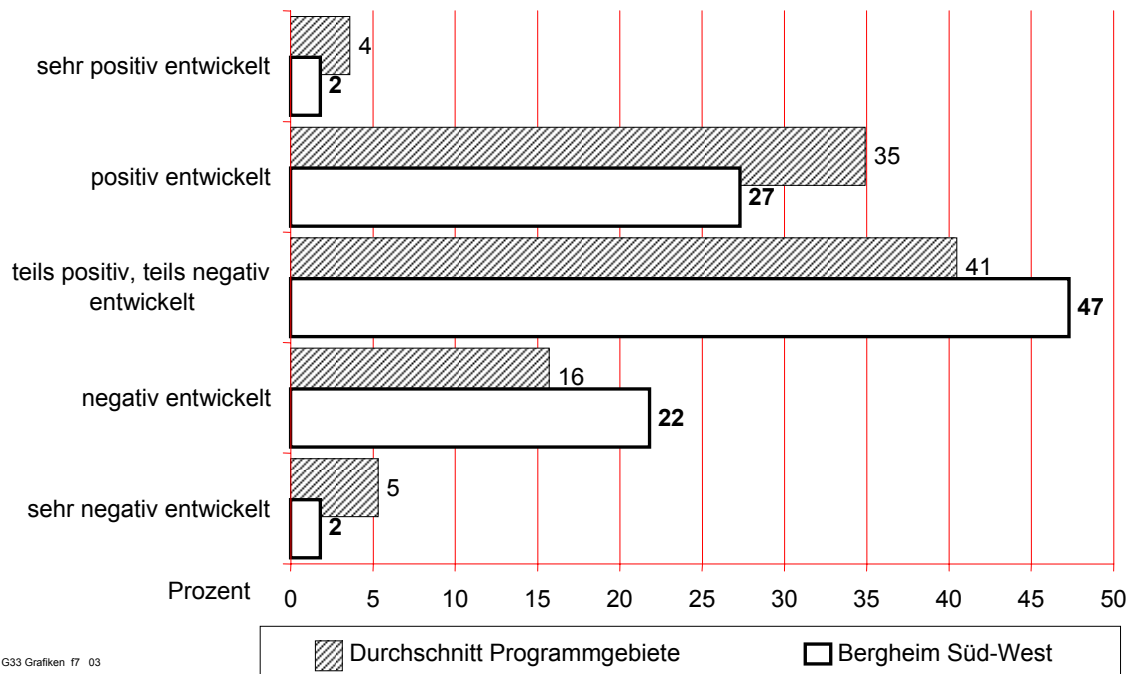
Die in den Experteninterviews befragten lokalen Akteure beurteilen die Chancen für eine positive Veränderung des Außenimages unterschiedlich. Manche schätzen die Chancen hierfür gering ein, andere wiederum sind der Meinung, dass die geplanten Maßnahmen, insbesondere an den Fassaden und am Wohnumfeld, zu einer Verbesserung des Außenimages führen werden. Im Rahmen des Rückkopplungsgesprächs wurde zudem angemerkt, dass nur die Häuser in der Berliner Straße einen schlechten Ruf haben und dass es schon in den 1970er Jahren die ersten Anzeichen für einen schlechten Ruf des Stadtteils gab. Diese Entwicklung wurde auf eine wenig sensible Mieterpolitik zurückgeführt, die dazu beitrug, dass Teile der Siedlung in den 1990er Jahren in die Zwangsverwaltung gerieten.

6.2 Wahrnehmung des Stadtteils und seiner Entwicklung durch die Bewohner

Die befragten lokalen Akteure sehen bezüglich des Binnen/Innenimage keine grundlegenden Unterschiede zum Außenimage. Auch das Binnen/Innenimage sei sehr belastet und werde immer noch durch die Hochhäuser am Berliner Ring geprägt. Und nach wie vor herrsche Vandalismus in den Hochhäusern. Trotzdem seien Verbesserungen des Images zu erkennen. Mehrere Experten sehen unter den Bewohnern sogar eine Aufbruchstimmung die als "sehr lebendiger" Kommunikationsprozesse beschrieben wird. Eine besondere Rolle spielen dabei die Nachbarschaften, da sie als einer der stabilisierenden Faktoren für den Stadtteil angesehen werden, wenngleich dies stärker die Migranten untereinander betreffe als das Zusammenleben von Deutschen und Migranten.

Diese Sichtweise bestätigt sich durch die Ergebnisse der Bewohnerbefragung nur bedingt. So sind 29% der Bewohner der Meinung, dass sich Bergheim Süd-West in den vergangenen Jahren positiv bis sehr positiv entwickelt hat. Im Gegensatz dazu meinen aber 24%, dass sich Bergheim Süd-West negativ entwickelt hat. Die Mehrheit der Befragten (47%) ist aber der Meinung, Bergheim Süd-West habe sich teils positiv, teils negativ entwickelt. Bis hier hin lässt sich ein mehr oder weniger ausgewogenes Meinungsbild festhalten. Und im Vergleich zum NRW-Durchschnitt wird deutlich, dass diese Werte in den verbleibenden Programmjahren noch steigerungsfähig sind. Was die positive Entwicklung anbelangt, so bewerten die befragten Bewohner ihren Stadtteil (noch) deutlich schlechter als im NRW-Durchschnitt (39% positiv bis sehr positiv). Auch die negative Entwicklung wird (noch) häufiger genannt als im NRW-Durchschnitt (21% negativ bis sehr negativ).

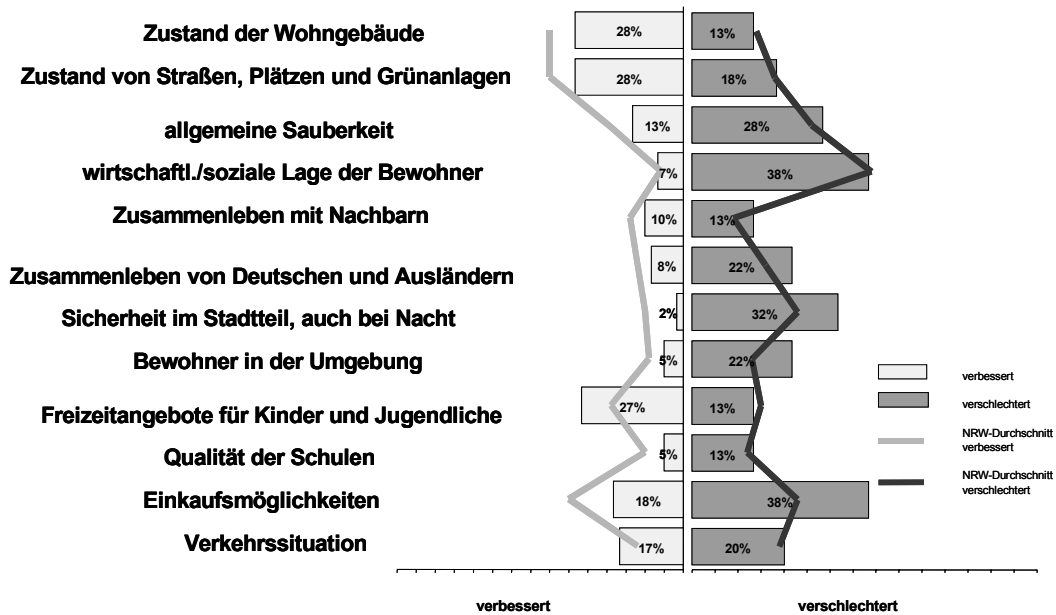
Abbildung 5: Beurteilung der Stadtteilentwicklung in den letzten Jahren



Bricht man die Fragestellung nach den von den Bewohnern wahrgenommenen Veränderungen im Stadtteil auf zwölf Einzelaspekte hinunter, dann fällt auf, dass der Zustand der Wohngebäude, der Zustand von Straßen, Plätzen und Grünanlagen und das Freizeitangebote für Kinder und Jugendlichen als positiver bewertet wurden. Negativ verändert haben sich nach Aussage der Bewohner die allgemeine Sauberkeit, die wirtschaftliche Lage der Bewohner, das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, Sicherheit im Stadtteil, auch bei Nacht, die Bewohner in der Umgebung und die Einkaufsmöglichkeiten. Tendenziell lässt sich sagen, dass die Veränderung der 12 Einzelaspekte eher schlechter bewertet wird.

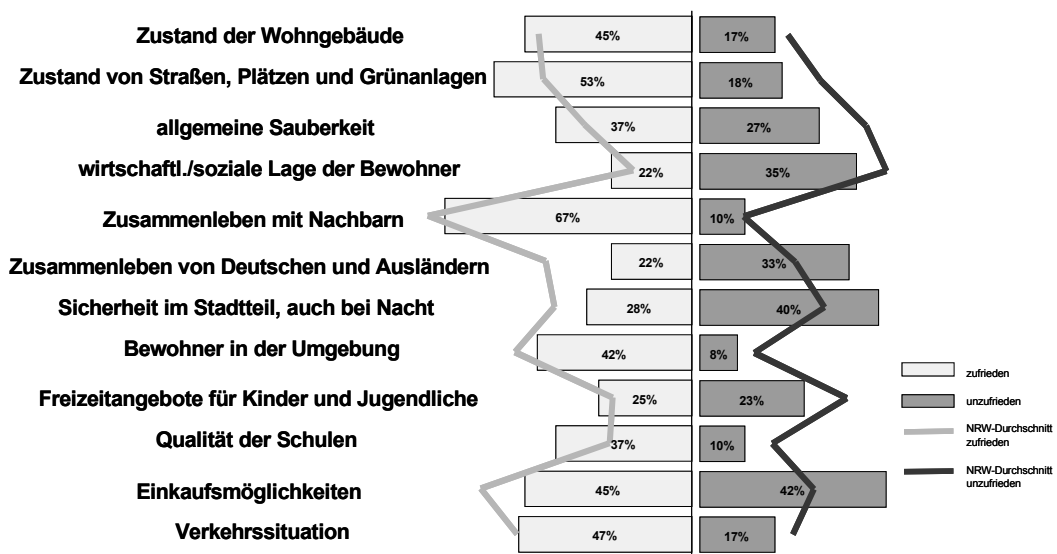
Im Vergleich zeigt sich zudem, dass bei vier Einzelaspekten ein Grad der Verschlechterung erreicht wurde der über dem NRW-Durchschnitt liegt. Das sind das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, die Sicherheit im Stadtteil, auch bei Nacht, die Bewohner in der Umgebung und die Einkaufsmöglichkeiten. Lediglich das Merkmal „Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche“ erreichte einen Grad der Verbesserung der über dem NRW-Durchschnitt liegt.

Abbildung 6: Wahrgenommene Veränderungen bei 12 Aspekten des Stadtteils in den letzten Jahren



Hinsichtlich der aktuell bei den Stadtteilbewohnern vorhandenen Zufriedenheit mit den zwölf Merkmalen sind es der Zustand der Wohngebäude, der Zustand von Straßen, Plätzen und Grünanlagen, die allgemeine Sauberkeit, das Zusammenleben mit Nachbarn, die Bewohner in der Umgebung, die Qualität der Schulen und die Verkehrssituation. Unzufriedener ist man hingegen mit der wirtschaftlichen Lage der Bewohner, dem Zusammenleben von Deutschen und Ausländern und der Sicherheit im Stadtteil, auch bei Nacht.

Abbildung 7: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Stadtteils

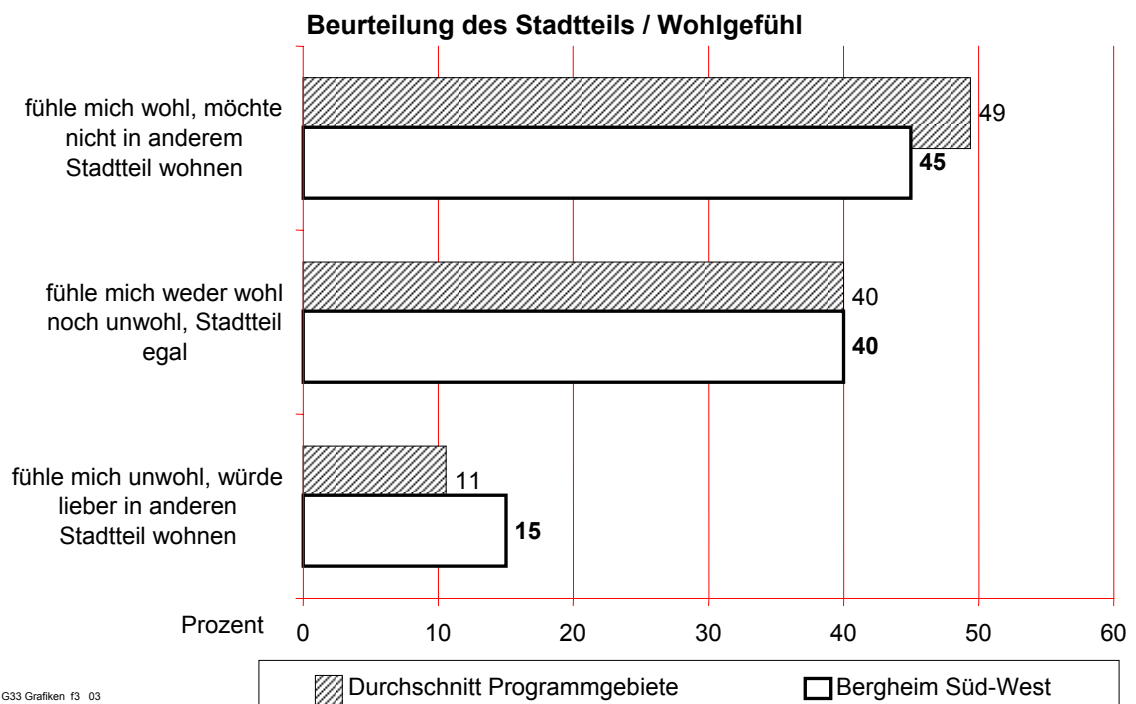


Im Vergleich der Zufriedenheit der Bewohner mit denselben 12 Aspekten des Stadtteils zeigt sich, dass bei sechs Merkmalen ein Grad der Zufriedenheit erreicht wurde der über

dem NRW-Durchschnitt liegt. Das sind: „Zustand der Wohngebäude“, „Zustand von Straßen, Plätzen und Grünanlagen“, „allgemeine Sauberkeit“, „wirtschaftliche Lage der Bewohner“, „Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche“ und „Qualität der Schulen“. Bei den Merkmalen „Zusammenleben von Deutschen und Ausländern“, „Sicherheit im Stadtteil“ und „Einkaufsmöglichkeiten“ wurde aber ein Grad der Unzufriedenheit erreicht der deutlich unter dem NRW-Durchschnitt liegt. Das bedeutet zusammengefasst, dass die Zufriedenheit im städtebaulichen Bereich erfreulich hoch ist, während der sozial-integrative Bereich und die Infrastrukturqualitäten ambivalent beurteilt werden. Hinsichtlich der negativen Einschätzung der Bewohner im Bereich der Einkaufsmöglichkeiten wurde im Rahmen des Rückkopplungsgesprächs angemerkt, dass hier seitens der kommunalen Stadtentwickler keine Verbesserungspotenziale im Gebiet erkannt und das Thema folglich nicht als Handlungsfeld ins Integrierte Handlungskonzept aufgenommen wurde.

Das Verhältnis der Bewohner/innen zu ihrem Wohnviertel insgesamt kann über die Frage nach der Bindung an das Gebiet abgebildet werden. Dabei antworteten 45% der Befragten, „fühle mich wohl, möchte nicht in anderem Stadtteil wohnen“. 15% fühlen sich im Stadtteil nicht wohl und würden gerne in einen anderen Stadtteil ziehen. Somit weisen die Bewohner von Bergheim Süd-West tendenziell eine niedrigere Bindung an ihren Stadtteil auf als die Befragten im Programmdurchschnitt (49%).

Abbildung 8: Beurteilung des Stadtteils / Wohlfühl



7. Verstetigung

Wenn der formale Beginn des Stadtteilprogramms auf das Jahr 2002 datiert wird, dann befinden sich die Akteure nach 4 Jahren Programmumsetzung nicht mehr im Anfangsstadium, sondern mitten in der Umsetzungsphase des Stadtteilprogramms. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die konkrete Verstetigungsaufgabe noch nicht die Arbeit der Akteure prägt, sondern dass beispielsweise mit den Nationworker neue strategisch wichtige Programmbausteine noch im Jahr 2006 zum Handlungsansatz hinzugefügt wurden.

Trotzdem wurde das Thema von Anfang an berücksichtigt und es wird offen mit den beteiligten Trägern von Projekten diskutiert. Konkret bedeutet dies, dass Finanzierungen aus Städtebaufördermitteln i.d.R. nach spätestens drei Jahren auslaufen. Für die kleineren Budgetprojekte ist dies Thema bislang noch nicht vergleichbar relevant gewesen und soll aber auf einer der nächsten Sitzungen des Budgetbeirates zur Sprache kommen. In den Gremien des Stadtteilprogramms wurden bereits Versuche gestartet, z.B. Moderationsaufgaben des Stadtteilbüros an Akteure oder Bewohner abzugeben, was jedoch noch nicht gelungen ist. Geplant ist, eine diesbezügliche Fachtagung durchzuführen, von der sich die Beteiligten wichtige Impulse zum Aufbau der erforderlichen Verstetigungsstrukturen erhoffen.

Eine Option zur Verstetigung der mit dem Stadtteilprogramm im Stadtteil entwickelten Zusammenarbeitsstrukturen und angebotenen Leistungen stellt in den Augen der Programmverantwortlichen das beantragte Familien- und Bürgerzentrum dar. Inhaltlich geht es dabei um die Qualifizierung des Personals in der Elternarbeit und in der Vernetzung der Einrichtungen vor Ort. Dadurch soll zum einen ein sozialräumlicher Arbeitsansatz und zum anderen ein Teil der Leistungen auch über die Programmlaufzeit hinaus im Stadtteil verankert werden. Die hier angebotenen quartiersbezogenen sozialen Angebote und Vernetzungsleistungen sollen durch den Aufbau und die Gründung eines Stadtteilvereins ergänzt werden, der das Zentrum in Teilen eigenständig weiterbewirtschaften und dafür eine begrenzte Unterstützung durch die Stadt erfahren soll. Ebenfalls in der Diskussion befindet sich die Option, Teile des Finanzierungsbedarfs aus Beiträgen der örtlichen Wohnungseigentümer zu decken.

Zum Teil haben die örtlichen Einrichtungen, wie z.B. eine Kindertagesstätte, bereits einen Arbeitsansatz entwickelt, der die Eltern und die Nachbarschaften einbezieht.

8. Fazit

Im Evaluationsbaustein „Analyse qualitativer Prozesse“ sind hinsichtlich der vier Themenfelder Integrierte Projektentwicklung, Organisations- und Kooperationsstrukturen, Bewohnerbeteiligung, Image sowie für die ‚auslaufenden‘ Stadtteilprogramme auch hinsichtlich des Themas Verstetigung jeweils bestimmte Aspekte von besonderer Bedeutung, auf die hier zusammenfassend eingegangen werden soll.

Hinsichtlich des Themas **Organisations- und Kooperationsstrukturen** steht folgende Frage im Mittelpunkt: Wie geeignet sind die Organisations- und Kooperationsstrukturen für eine bewohnerorientierte und ressortübergreifende integrierte Projektentwicklung? Zur Beantwortung sind insbesondere folgende Aspekte von Bedeutung:

- Wie durchschlagkräftig ist die Organisationsstruktur in der Verwaltung? (Gibt es eine ressortübergreifende Zusammenarbeit mit Gebietsbezug? Sind mehrere Dezernate an der Federführung und/oder im „operativen Kernteam“ beteiligt?)
- In welchem Ausmaß werden Entscheidungskompetenzen an das Stadtteilbüro (die lokale Ebene des Stadtteilmanagements) delegiert? Wie gut funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Stadtteilbüro und Projektleitung innerhalb der Verwaltung?
- Wie gut sind die organisierten Stadtteilakteure untereinander vernetzt?
- Gibt es ein offenes Stadtteilgremium mit Einfluss auf die Programmgestaltung?
- Gibt es eine funktionierende Schnittstelle zwischen kommunaler Ebene und Stadtteilbene?

Für das Stadtteilprogramm in Bergheim Süd-West kann diesbezüglich Folgendes festgestellt werden:

- Es wurden alle Koordinationsgremien aufgebaut, die für eine effektive ressortübergreifende Zusammenarbeit mit Gebietsbezug notwendig sind (Projektgruppe, AG Süd-West Total, Stadtteilforum). Die weitgehende Kompetenzzuweisung an das Stadtteilmanagementteam – bestehend aus dem verwaltungsinternen Programmkoordinator und dem Stadtteilbüro – stellt eine operative Stärke des Stadtteilprogramms dar¹⁵.
- Das Stadtteilmanagement wurde angesichts der festgestellten Handlungsbedarfe und Zielsetzungen des Stadtteilprogramms mit den entsprechenden Fachlichkeiten ausges-

¹⁵ Zugleich bedeutet dies aber auch eine mittelfristige strategische Schwäche, vgl. dazu die Ergebnisse im Bereich integrierte Projektentwicklung.

tattet (Soziales, Architektur). Für das Handlungsfeld „Wohnen und Arbeiten“ wurden externe Kooperationspartner hinzugezogen.

- Die Vernetzung der Akteure wurde positiv gestärkt, Organisationsstrukturen zu ihrer Einbindung aufgebaut und auch den Bewohnern und lokalen Akteuren direkter Einfluss auf die Programmumsetzung eingeräumt (Budgetbeirat).

Hinsichtlich des Themas **Integrierte Projektentwicklung** sind insbesondere folgende Aspekte von Bedeutung:

- Liegt dem IHK eine ganzheitliche Problembetrachtung zugrunde? Setzen die Ziele und Maßnahmen an den strategischen Ansatzpunkten an, an denen aufgrund der spezifischen Problemkonstellation die größten Wirkungen für den Stadtteil erzielt werden können? Ist eine entsprechende Prioritätensetzung zwischen Handlungsfeldern erkennbar? Werden dabei Synergieeffekte zwischen den Handlungsfeldern erzielt?
- Werden innerhalb der Handlungsfelder Synergieeffekte durch Integration der relevanten Akteure erzielt?
- Stellen die einzelnen Ämter finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung?

Für das Stadtteilprogramm kann diesbezüglich Folgendes festgestellt werden:

- Das IHK verfolgt die strategisch wichtigen Ansatzpunkte (Wohnen und Integration). Dazu haben die programmverantwortlichen Akteure an den erforderlichen Stellen nachgesteuert (z.B. Sozialraumkonzept, Nationworker).
- Erfolgreich wurden zusätzliche Ressourcen für das Programmgebiet (Investitionen in den priv. Wohnungsbestand, Kreisgesundheitsamt, LOS, MUS-E, Kooperationen Schule&Jugendzentrum etc.) mobilisiert.
- Intensiviert werden sollten jedoch die Bemühungen im Bereich Arbeit und Beschäftigung sowie am Übergang Schule und Beruf, um die Zugangsvoraussetzungen für die Bewohner zum Arbeitsmarkt, zu verbessern.
- Innerhalb der Projektgruppe stößt das Stadtteilprogramm mitunter an seine Grenzen hinsichtlich der Überzeugung weiterer Ressorts für ein eigenständiges stadtteilbezogenes Engagement. Angesichts der komplexen Problemlage bedarf es allerdings eines ebenso vernetzten Handlungsansatzes und des Einsatz aller Verwaltungsbereiche für das Gelingen der Sozialen-Stadt-Programmatik.

Hinsichtlich des Themas **Aktivierung und Beteiligung der Bewohner/innen** sind insbesondere folgende Aspekte von Bedeutung:

- Haben die Bewohner/innen realen Einfluss auf die Gesamtausrichtung des Programms? Hatten die Bewohner/innen Einfluss auf die Verwendung der Pauschalmittel?
- Wie groß ist der Kreis der beteiligten Bewohner/innen?
- Werden die relevanten Gruppen erreicht?
- Gibt es nachhaltige Aktivierungseffekte?

Für das Stadtteilprogramm kann diesbezüglich Folgendes festgestellt werden:

- Nach der Aufnahme ins Landesprogramm wurde die Bewohnerschaft intensiv an der weiteren Programmausrichtung beteiligt und die dazu erforderlichen Programmstrukturen aufgebaut.
- Die Bewohner können im Budgetbeirat direkten Einfluss auf die Verwendung der freien Pauschalmittel ausüben (ein anderer Teil ist bereits gebunden).
- Die Reichweite und Intensität der Beteiligungsmaßnahmen wird als hoch eingeschätzt, wenngleich Nachbesserungsbedarf hinsichtlich der Migranten erkannt wurde.
- Derzeit sind bereits Ansatzpunkte für nachhaltige Aktivierungseffekte vorhanden (z.B. die selbstaktiven Gruppen, die die Räumlichkeiten des Stadtteilbüros nutzen). Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die Mobilisierung der Einzeleigentümer!

Hinsichtlich des Themas **Image** sind insbesondere folgende Aspekte von Bedeutung:

- Wurde das Außenimage verbessert?
- Wurde die Innenwahrnehmung des Stadtteils verbessert?

Für das Stadtteilprogramm in Bergheim Süd-West kann diesbezüglich Folgendes festgestellt werden:

- Noch sind weder die Bewohner noch die Experten eindeutig der Meinung, dass sich das Außenimage verbessert hat. Positiv ist, dass das Außenimage vergleichsweise gut abschneidet.
- Auch die Binnenwahrnehmung des Stadtteils ist gespalten. Die lokalen Akteure erkennen im direkten Kontakt mit den Bewohnern schon eine deutliche Verbesserung und sprechen von einer „Aufbruchstimmung“. In der Bewohnerbefragung wird die Stadtteil-

entwicklung insgesamt aber noch nicht mehrheitlich positiv bewertet. Imagebelastende Faktoren sind das interkulturelle Zusammenleben, das Sicherheitsempfinden und die Qualität der Einkaufsmöglichkeiten. Deutlich positiv werden der Zustand von Straßen, Plätzen und Grünanlagen sowie die Arbeit an den Schulen bewertet.

- Aufgrund der (noch) kurzen Laufzeit des Programms Soziale Stadt in Bergheim können aus den Ergebnissen der Bewohnerbefragung und der Expertengespräche jedoch weniger Rückschlüsse auf erreichte Veränderungen am Stadtteilimage gezogen werden. Vielmehr sind die insgesamt erfreulich positiven Werte als gute Ausgangsbasis zur Verbesserung des Stadtteilimages zu interpretieren (vgl. Kapitel 6).

Hinsichtlich des Themas **Verstetigung** sind insbesondere folgende Aspekte von Bedeutung:

- Wurde das Thema „Verstetigung“ offensiv und breit diskutiert?
- Konnten verwaltungsinterne Akteure für einen sozialraumbezogenen Arbeitsansatz gewonnen werden?
- Konnten verwaltungsexterne Akteure für eine sozialraumbezogene Stadtteilarbeit gewonnen werden? Konnte ein Akteursgremium für stadtteilbezogene Ansätze etabliert oder fortentwickelt werden?
- Können die koordinierenden Funktionen des Stadtteilbüros verstetigt werden?
- Fand eine nachhaltige Selbstorganisation oder Weiterentwicklung bestehender Strukturen auf Ebene von Bewohner/innen statt?

Für das Stadtteilprogramm in Bergheim Süd-West kann diesbezüglich Folgendes festgestellt werden:

- Die konzeptionellen Weichenstellungen für einen erfolgreichen Verstetigungsprozess wurden getroffen: nur wenige Dauerförderungen von sozialintegrativen Projekten, Anknüpfungspunkte für dauerhafte stadtteilbezogene Infrastrukturangebote (Familien- und Bürgerzentrum), Unterstützung selbstaktiver Bewohnergruppen
- Trotz der zunehmenden Sensibilisierung einiger Verwaltungsbereiche (z.B. der ARGE) für den gebietsbezogenen Ansatz der Sozialen Stadt, sollten weitere Verwaltungsbereiche verstärkt mit ihren regulären Ressourcen in das Stadtteilprogramm einbezogen werden. Selbst nach einer erfolgreichen städtebaulich-wohnungswirtschaftlichen Erneuerung des Stadtteils bleibt die Integrationsaufgabe als Daueraufgabe bestehen.

- Für einen erfolgreichen Verstetigungsprozess sind realistische, d.h. erreichbare Stadtteilentwicklungsziele unerlässlich. Die Verständigung über die als Daueraufgabe auch weiterhin zu verfolgenden Handlungsbereiche sollte frühzeitig vor dem Auslaufen des Stadtteilprogramms erfolgen, um die dazu notwendigen strategischen Schritte einzuleiten.

9. Literatur

Fachhochschule Köln (2006): Sozialraumanalyse und Handlungskonzept für die Großwohnanlage Berliner Ring 41-45, Dresdener Straße 4-8 in Bergheim Süd-West, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management (SRM), & Institut für Management und Organisation in der sozialen Arbeit e.V., Köln

Kreisstadt Bergheim, Stadtteilbüro (2003): Neu- und Umgestaltung von 3 Spielplätzen in Bergheim-Zieverich. Erläuterungsbericht, Bergheim.

Kreisstadt Bergheim o.J.: Stadteilerneuerung Bergheim Süd-West, Kriterientabelle, Bergheim.

Kreisstadt Bergheim (2003a): Erster Handlungsbericht über die Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes für die Stadteilerneuerung Bergheim Süd-West, Bergheim.

Kreisstadt Bergheim (2003b): Zweiter Handlungsbericht über die Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes für die Stadteilerneuerung Bergheim Süd-West, Bergheim.

Kreisstadt Bergheim (2004a): Dritter Handlungsbericht über die Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes für die Stadteilerneuerung Bergheim Süd-West, Bergheim.

Kreisstadt Bergheim (2004b): Vierter Handlungsbericht über die Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes für die Stadteilerneuerung Bergheim Süd-West, Bergheim.

Kreisstadt Bergheim (2005a): Fünfter Handlungsbericht über die Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes für die Stadteilerneuerung Bergheim Süd-West, Bergheim.

Kreisstadt Bergheim (2005b): Soziale Stadt Bergheim Süd-West. Verschreibung des integrierten Handlungskonzeptes für die Stadteilerneuerung Bergheim Süd-West, Bergheim.

Kreisstadt Bergheim (2006): Siebenter Handlungsbericht über die Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes für die Stadtteilerneuerung Bergheim Süd-West, Bergheim.

Kreisstadt Bergheim (2006): Stellenausschreibung, abrufbar unter: www.bergheim.de/rathaus/Nationworker.shtml.

Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH (2002a): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Bergheim Süd-West, Bewohnerbefragung, Köln.

Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH (2002b): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Bergheim Süd-West, Dokumentation des Starterworkshops, Köln.

Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH (2002c): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Bergheim Süd-West „Jung und Alt gestalten ihren Lebensraum“ – Planung Live, Köln.

Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH (2003): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Bergheim Süd-West Dokumentation des Leuchtturmprojekts „Jung und Alt gestalten ihren Lebensraum“, Köln.

Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH (2004): Soziale Stadt NRW, Bergheim Süd-West. Dokumentation der Tagung „Ganz oben / ganz unten“ am 24. April 2004, Köln.

Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH (Hg.) (2005): europlan, Heft 3+4, Köln, im Internet unter: www.stadtplanung-dr-jansen.de.

Stadt- und Regionalplanung DR. Paul G. Jansen (2006): Soziale Stadt – Bergheim Süd-West. Statusbericht 2005, Köln.

Sucato, Evelyn / Haack, Silke (2004): Handbuch. Zielentwicklung und Selbstevaluation in der Sozialen Stadt NRW. ILS NRW (Hg.), Dortmund.

Warnecke, Rüdiger (2005): Das Wohnungseigentumsgesetz. Tücken und Probleme eines Gesetzes, in: europlan3+4/2005, S. 12-13.